



Sozialer Zusammenhalt und Integration

Vorstellung von Methoden der Prävention und Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit als möglicher Beitrag zur Integration von Geflüchteten

Inhalt

Einführung.....	3
Partizipative Situationsanalysen, Maßnahmenplanung und Umsetzung für sichere Gemeinden	7
Gewaltfreie Kommunikation zwischen Schülern, Eltern und Lehrern	12
Betreuung und Ausbildung für geflüchtete und einheimische Jugendliche	17
Briefe von Frauen – kommunikative Verarbeitung und Prävention von Gewalt	22
Partizipative Verbesserung der Lebensbedingungen Geflüchteter	27
Konzepte zur Kontextsensitivität und zur Einschätzung von Konfliktlagen	32
GIZ, Gewaltprävention und die Integration Geflüchteter – was lässt sich schlussfolgern?	35
Quellen	38
Herausgeber	39

Einführung

Hintergrund

Knapp zwei Drittel der Kooperationsländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sind von Konflikten und Gewalt betroffen. In vielen dieser Länder entschließen sich Menschen zu fliehen, um sich der davon ausgehenden Bedrohung zu entziehen. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat es sich zum Ziel gesetzt, Fluchtursachen zu bekämpfen sowie Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Aufnahmegemeinden zu unterstützen.

Im Kontext des GIZ-internen Fachverbundes Network International Cooperation in Conflicts and Disasters (NICD) wurde eine Arbeitsgruppe zu Gewaltprävention gegründet. Diese Arbeitsgruppe erstellte die vorliegende Broschüre zur beispielhaften Darstellung einiger Erfahrungen der GIZ in den Bereichen Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung. Anhand dieser Beispiele soll der mögliche Nutzen gewaltpräventiver Ansätze und Methoden der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) für die Entwicklung sozial inklusiver Gemeinden im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten aufgezeigt werden.

Es wird vor allem auf soziale Aspekte der Integration Geflüchteter eingegangen, die in einem direkten Zusammenhang mit den Themen der beteiligten GIZ-Programme gesehen werden können. Nur kurz wird auf andere Themenbereiche, wie auf legal-politische Aspekte (z.B. Fragen der Staatsbürgerschaft, Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Qualifikationen, etc.) oder auf ökonomische Aspekte (Zugang zum Arbeitsmarkt, finanzielle Absicherung, etc.) verwiesen. Zu diesen haben andere GIZ-Vorhaben hilfreiche Erfahrungen entwickelt, die jedoch hier nicht weiter ausgeführt werden.

Die Broschüre richtet sich an Fachkräfte der EZ, die sich in die Integration von Geflüchteten einbringen wollen, sowie andere Schlüsselakteure der Integration. Dabei dient sie dem folgenden Zweck: Der Erfahrungsschatz der EZ im Zusammenhang mit Prozessen der Prävention, der Konfliktbearbeitung, sozialer Kohäsion und der Integration von bislang marginalisierten Gruppen soll zugänglich und nutzbar gemacht werden. Zielgruppe sind Kollegen, Partner und Akteure, die für die Integration von geflüchteten Menschen aktiv sind und dabei sozialen Zusammenhalt in den Gemeinden anstreben. Der Austausch zwischen Fachkräften der GIZ-Programme, die zu Gewaltprävention sowie zur Integration von Geflüchteten arbeiten, soll angeregt werden.

Partizipative Planung in einem Flüchtlingscamp



Die vorliegende Broschüre speist sich vor allem aus den angegebenen Literaturquellen und Websites, sowie aus den zur Verfügung gestellten Systematisierungen von GIZ-Erfahrungen. Hinzu kommen Gespräche, die mit Fachkräften der GIZ, mit diversen Akteuren der Flüchtlingsintegration sowie mit geflüchteten unbegleiteten Minderjährigen geführt wurden.

Ausgangslage

Noch nie zuvor waren so viele Menschen weltweit dazu gezwungen, die eigene Heimat zu verlassen. Laut UNHCR waren 2015 über 60 Millionen Menschen auf der Flucht (davon 19 Millionen, die ihr Herkunftsland verlassen haben). Die tatsächliche Zahl der Geflüchteten dürfte noch höher liegen. Der stark gestiegene Bedarf hinsichtlich der Unterbringung, Versorgung und Integration Geflüchteter stellt die aufnehmenden Gemeinden vor große Herausforderungen. Eine große Aufgabe ist für aufnehmende Länder und Gemeinden, die Voraussetzungen für die Integration der Geflüchteten zu schaffen und ihnen für die Zukunft eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Nicht nur die Überwindung von Sprachbarrieren stellt noch immer ein Defizit dar. Das friedliche Zusammenleben, das in den Kommunen stattfinden soll, wird durch unterschiedliche Faktoren gefährdet. Einerseits begegnen Teile der Bevölkerung in vielen Ländern den Geflüchteten mit Offenheit, großer Hilfsbereitschaft und ehrenamtlichem Engagement. In manchen Kontexten wird die Ankunft von Migranten und Geflüchteten von wichtigen Wirtschaftsakteuren begrüßt – sofern diese als ausländische Geflüchtete überhaupt über die Möglichkeit und Erlaubnis zu arbeiten verfügen. Jedoch gibt es auch die Tendenz, dass Bürger mit Unsicherheit, Furcht und Wut auf die neue Situation reagieren, obschon oftmals ein Mangel an Informationen über Hintergründe und Herausforderungen besteht. Dies schwächt nicht nur die Integration, sondern auch den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft, zu der sich unterschiedliche Gruppen zugehörig und akzeptiert fühlen sollten. Z.T. sind Radikalisierung, Polarisierung, Gewaltakte gegen Geflüchtete sowie eine massive Zunahme rechtsextremer Straftaten weitere Folgen.

Einerseits nimmt im öffentlichen Diskurs eine Tendenz zu, die Integration einseitig als Bringschuld der Migranten und Geflüchteten wahrnimmt („die Flüchtlinge sollen sich anpassen“), und nicht als gemeinsame Anstrengung, die eine Chance für eine positive Entwicklung einer Gesellschaft bietet. Andererseits setzt sich bei manchen politischen Entscheidungsträgern zunehmend die Einsicht durch, dass Fluchtbewegungen Teil der gegenwärtigen Normalität sind, und entsprechende Kapazitäten (Kompetenzen, Normen und Institutionen) geschaffen werden müssen, um Einwanderung für alle Beteiligten erfolgreich zu gestalten. Eine große Herausforderung stellen bislang oftmals die unzureichenden Mittel für Integrationsmaßnahmen in Gemeinden dar.

Sozialer Zusammenhalt als gemeinsames Oberziel

Ausgrenzung ist an sich eine Ausprägung von Gewalt und kann zu Formen manifester und physischer Gewalt führen. Integration wirkt folglich gewaltpräventiv. Integration und Prävention führen zum Respekt und der Wertschätzung von Vielfalt sowie zu einem Gefühl der Zugehörigkeit. Gerade in den teilweise hochgradig polarisierten Partnerländern der EZ wird diese Erfahrung immer wieder gemacht.

Primäre Prävention

Die oben genannten GIZ-Programme befassen sich überwiegend mit primärer Gewaltprävention. Entsprechend ist das Präventionsverständnis dieser Analyse ausgerichtet. Primärprävention richtet sich im Gegensatz zu sekundärer und tertiärer Prävention nicht spezifisch an gefährdete Personen oder an Menschen, die bereits Opfer oder Täter wurden. Sie strebt generell die Vorbeugung möglicher Gefährdungen an, indem sie gewaltfördernde Bedingungen und Risikofaktoren aufdeckt und verändert, bzw. die Ziel- oder Akteursgruppen stärkt, über die Förderung sozialer Kompetenzen, Stärkung der Rechte, Förderung des Dialogs zwischen Gruppen und Empowerment. Es geht darum, Menschen Lebensperspektiven zu ermöglichen und zu verdeutlichen.

Insofern ist das Aufzeigen von Parallelen zwischen (Primär-) Prävention und Integration nicht an sich stigmatisierend, sei es im Hinblick auf Geflüchtete oder im Hinblick auf Personengruppen in aufnehmenden Gemeinden.

In vielen Kommunen und Gemeinden arbeiten bereits eine große Zahl von Initiativen und Projekten daran, Vorurteile und Ängste abzubauen, Konflikte durch verbesserte Kommunikation zwischen den Akteuren zu bearbeiten und ein gesellschaftliches Miteinander herzustellen. Im Hinblick auf Geflüchtete sind in diesem Zusammenhang auch Dialog, Verständigung und Herstellung eines Grundkonsenses von Bedeutung, der an den Rechten und Pflichten der jeweiligen Verfassung orientiert ist. Die Prävention hat in diesem Zusammenhang das Anliegen, Unsicherheit und Unwissenheit zuvorzukommen, Ängsten und Wut durch Aufklärung zu begegnen und Raum für die kommunikative Bearbeitung von Konflikten zu schaffen. Auf diese Weise trägt sie zu einer nachhaltig inklusiven und sozial kohärenten Gesellschaft bei.

Soziale Kohäsion

Der Begriff meint den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Die Bestrebungen nach Inklusion und Integration sind dem zuzuordnen und wirken der Exklusion entgegen. Dabei steht auf gerechte Art und Weise allen Menschen mit ihren jeweiligen Fähigkeiten Teilhabe zu. Soziale Kohäsion hat eine materielle (z.B. Einkommensgerechtigkeit), aber auch eine immaterielle Bedeutung (z.B. „Gemeinsinn“, Zugehörigkeit, „Wir-Gefühl“, gemeinsame Überzeugungen, Werte und Regeln als „Sozialkapital“).

Gleichzeitig schafft Prävention Gelegenheiten für die soziale, politische und ökonomische Teilhabe von Marginalisierten, z.B. perspektivlosen Jugendlichen. Deren Zugehörigkeitsgefühl und Identifikation mit der Gesellschaft wird gestärkt. Sie werden resilient gegen radikale Gruppen und Gewaltakteure wie z.B. Dschihadisten oder Rechtsextreme. Einer Segregation und Ghettoisierung wird zudem durch präventive und inklusive Gemeindeplanung entgegengewirkt. Insofern kann Prävention die Stigmatisierung, Kriminalisierung oder Radikalisierung sowohl von Jugendlichen in den aufnehmenden Gemeinden als auch von jungen Menschen, die neu in das Land kommen, verhindern. In diesem Sinne geht es darum, eine Gesellschaft zu formen, in der sich möglichst alle wahrgenommen und vertreten fühlen.

Beispielszenarien zu Integration und sozialem Zusammenhalt im Gemeindekontext

Anhand des folgenden Beispiels soll skizzenhaft verdeutlicht werden, wie sich der soziale Zusammenhalt im Gemeindekontext in unterschiedlichen Szenarien entwickeln kann. Dabei werden ein Worst Case Szenario, ein realistisches und ein Optimalszenario dargestellt, um die Potentiale und Risiken für gelungene Integration zu verdeutlichen, an denen Methoden der EZ anknüpfen können. Die Methode der Szenarienentwicklung selbst ist übrigens dem in der Broschüre vorgestellten Ansatz zur Einschätzung von Konfliktlagen entlehnt.



Beispiel: Unzureichende Information über Hilfeleistungen

In einer Gemeinde empfinden marginalisierte Teile der Bevölkerung Leistungen für Geflüchtete als ungerecht und bekommen von mobilisierenden Asylgegnern den Eindruck vermittelt, dass die Unterstützung von Geflüchteten auf ihre Kosten geht. (Beispiel: „Luxusunterbringung für Asylbewerber“.) Fehlt eine klare flankierende Kommunikationsstrategie, die z.B. gut moderierte Informationsveranstaltungen beinhaltet, können berechnete Hilfsleistungen ungewollt zur Verschärfung von Ressentiments und Konflikten beitragen.

Szenarien

„Worst case“: Die Gemeindeverwaltung betrachtet die Neuankömmlinge eher als ein weiteres Problem und einen Störfaktor. Die Unterkunft der Geflüchteten wird auf intransparente Weise durchgesetzt. Die Zivilgesellschaft ist schwach und wird z.T. von rechtsradikalen Gruppierungen unter Druck gesetzt. Auch in den Vereinen bestehen starke Vorbehalte, man will keine „Fremden“ aufnehmen. So unterbleiben Anstrengungen, Maßnahmen für Integration zu fördern und zu koordinieren. Gleichzeitig werden die Gruppen, die Geflüchtete unterstützen, eingeschüchtert. Sowohl bei den Bürgern der aufnehmenden Gemeinde als auch bei den Geflüchteten herrscht ein Klima der Angst vor. Gegenseitige Vorbehalte und Wut nehmen zu. Geflüchtete werden in allen Bereichen ausgegrenzt und stigmatisiert. Vereinzelt kommt es zu Gewalt. Bei den Geflüchteten, vor allem bei den Jugendlichen, nimmt die Frustration zu. Misserfolge nehmen eine immer größere Rolle in der Wahrnehmung des neuen Lebens ein. Schutz, Verständnis und Trost scheint nur aus der eigenen Volksgruppe zu kommen, mit der man auch die Sprache teilt. Dabei spielen auch soziale Netzwerke eine große Rolle. Viele der jüngeren Geflüchteten tauchen in eine Parallelwelt ab, kommunizieren fast ausschließlich mit Landsleuten und der Heimat. Einige knüpfen Kontakte zu Extremisten.

Gleichzeitig nimmt in der Gemeinde der Zulauf für rechte Gruppen schon bei Heranwachsenden zu.

„**Most likely**“: In der Gemeindeverwaltung herrscht eine ambivalente Haltung gegenüber den Geflüchteten vor. Entsprechend widersprüchlich wird nach außen kommuniziert. Zwar bildet sich ein Komitee, das für Integration zuständig ist, es sind jedoch kaum zeitliche, finanzielle Ressourcen, Motivation und Kapazitäten vorhanden, um eine Strategie koordiniert und wirkungsvoll umzusetzen. Es bleibt bei zahlreichen Initiativen einzelner Organisationen, Vereine und Individuen. Viele Beteiligte und Bürger der Aufnahmegemeinde betrachten allerdings Integration als Bringschuld seitens der Geflüchteten im Sinne von Anpassung. Zwar nimmt die Polarisierung in der Gemeinde zu, es ist aber auch nicht von einem massiven Rechtsruck zu sprechen. Gewalttaten gegen Geflüchtete bleiben aus, dennoch machen viele der neuen Migranten Erfahrungen mit Ablehnung und Ausgrenzung, haben das Gefühl schlecht behandelt zu werden. Sie möchten umziehen in eine Stadt, wo mehr Menschen aus ihrem Herkunftsland leben. Gleichzeitig freut sich der örtliche Mittelstand über die Tatsache, dass vakante Lehrstellen besetzt werden.

„**Best case**“: Die Gemeindeverwaltung und die ortsansässige Zivilgesellschaft betrachten die Neuankömmlinge als Chance und entschließen sich, mehr Ressourcen in ihre Integration zu investieren. An Koordinationstreffen nehmen auch Sport- und Freizeitvereine sowie Geflüchtete und Betreuer aktiv teil. Auf der Grundlage externer Beratung wird eine Kommunikationsstrategie entwickelt und umgesetzt. In den Vierteln, in denen viele Bürger Ressentiments gegen Migranten haben, finden moderierte Diskussionsveranstaltungen statt. Viele Bürger verschaffen sich ein realistischeres Bild der Lebensbedingungen Geflüchteter. Rechten Gruppen fällt es zunehmend schwer, Bürger zu mobilisieren, auch weil die Bürger sich einbezogen fühlen und sich die Geflüchteten gut in das Gemeindeleben integrieren, in Schule, Unternehmen und Vereinen. Es bilden sich zahlreiche Freundschaften zwischen Bürgern der Gemeinde und den neu Angekommenen. Viele lernen schnell – falls nötig – die Sprache, können sich zunehmend selbstbewusst und unabhängig bewegen und stehen der vermittelten Normenkultur aufgeschlossen gegenüber. Mittel- und langfristig tragen Migranten mit unterschiedlichen Ausbildungsniveaus sowohl als Arbeitnehmer als auch als Unternehmer dazu bei, dass die lokale Wirtschaft Fahrt aufnimmt.

Im Folgenden werden auf der Basis der Erfahrungen von GIZ-Programmen zum Thema Prävention und Konfliktbearbeitung beispielhaft Methoden vorgestellt, die zu sozialem Zusammenhalt im Rahmen der Integration von Geflüchteten beitragen könnten:

GIZ-Präventionsprogramm	Methodenbeispiel
VCP – Inklusive Gewaltprävention für sicheren öffentlichen Raum in Südafrika https://www.giz.de/en/worldwide/17705.html	Partizipative Situationsanalysen, Maßnahmenplanung und Umsetzung für sichere Gemeinden
PREVENIR – Regionalvorhaben für die Prävention von Jugendgewalt in Zentralamerika (El Salvador, Honduras und Guatemala) https://www.giz.de/de/weltweit/13494.html	Gewaltfreie Kommunikation zwischen Schülern, Eltern und Lehrern
JOSY – Projekt „Neue Perspektiven durch akademische Aus- und Weiterbildung für junge Syrer/innen und Jordanier/innen“ in Jordanien https://www.giz.de/de/weltweit/37174.html	Betreuung und Ausbildung für geflüchtete und einheimische Jugendliche
FOSIT – Förderung der integralen Bürgersicherheit und Transformation sozialer Konflikte in Guatemala https://www.giz.de/de/weltweit/28443.html	Briefe von Frauen – Kommunikative Verarbeitung und Prävention von Gewalt
FASPAR – Stärkung der sozialen Teilhabe von Palästinensischen Flüchtlingen in Jordanien https://www.giz.de/de/weltweit/360.html	Partizipative Verbesserung der Lebensbedingungen Geflüchteter
Konzepte zur Kontextsensitivität und zur Einschätzung von Konfliktlagen: Sie gelten als zentrale Voraussetzungen bei der Durchführung von EZ-Maßnahmen und werden deshalb in einem gesonderten Kapitel im Zusammenhang mit der Integration Geflüchteter diskutiert. Ansprechpartner hierfür sind in der GIZ die Abteilung „Governance und Konflikt“ des Fach- und Methodenbereichs sowie das Sektorprogramm „Frieden und Sicherheit, Kathastrophenrisikomanagement“ der Abteilung „Governance, Krisenmanagement, Bauen“.	

Partizipative Situationsanalysen, Maßnahmenplanung und Umsetzung für sichere Gemeinden

Bei der Integration marginalisierter Jugendlicher wie Geflüchteter spielen Bezugspersonen in der unmittelbaren sozialen Umgebung eine zentrale Rolle. Sie nehmen wesentlichen Einfluss auf Entscheidungen sowie Identifikationen und Referenzsysteme in der individuellen Lebenswelt.

Aus diesem Grund ist es sowohl für Prävention als auch für Integration von großer Bedeutung, beispielsweise Nachbarn, Lehrer, Eltern und Ausbilder miteinzubeziehen. Sie müssen bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen mitgedacht werden, um eine synergetische Wirkung entfalten zu können.



Beispiel: Dialog und Partizipation bei der Planung von Maßnahmen

In einer Gemeinde soll eine Flüchtlingsunterkunft entstehen. Die Bürger und Interessengruppen werden zu mehreren moderierten Bürgerdialogen und Planungssitzungen eingeladen und gestalten die Integration der Ankommenden aktiv mit. Im Ergebnis steht die Bevölkerung den Geflüchteten und der Unterkunft insgesamt positiv gegenüber.

In einer anderen Gemeinde werden die Anwohner vor vollendete Tatsachen gestellt und nicht beteiligt. Die zunehmend konfliktgeladene Kommunikation zwischen unterschiedlichen Gruppen erfolgt ohne Struktur und Moderation. Die Lage eskaliert und es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Für eine Integration im Gemeinwesen, die auf sozialen Zusammenhalt abzielt, ist es folglich erforderlich, die beteiligten sozialen Gruppen in ihren Lebensverhältnissen zu kennen. Häufig wird die Bedeutung der Bedürfnisse sowohl der aufnehmenden Gemeinde als auch der Geflüchteten unterschätzt. Ohne tiefergehende Kenntnisse der Merkmale und Lebensumstände der beteiligten Gruppen ist es kaum möglich, situationsgerechte Maßnahmen zu konzipieren und eine erfolgreiche Zusammenarbeit einzuleiten. Dabei ist deren Beteiligung von großer Bedeutung. Eine partizipative Umfeld- oder Sozialraumanalyse könnte daher im Rahmen der Strategiebildung und Umsetzung von Maßnahmen durchgeführt werden.

Vergleichbares wird in den meisten der in der vorliegenden Broschüre vorgestellten GIZ-Programmen umgesetzt und soll an dieser Stelle beispielhaft anhand des Toolkits für partizipative Planung gewaltpräventiver Maßnahmen in Südafrika erläutert werden.

Darstellung der Methoden, ihrer Ziele und Wirkungen

Einführung

Im Rahmen eines Gewaltpräventionsprogramms werden in Südafrika Gemeinden und öffentliche Räume, die zuvor extrem unsicher und gefährlich waren, von Anwohnern und wichtigen kommunalen Akteuren gemeinsam gestaltet, gemanagt und in Stand gehalten. Hierfür werden Praktiker in die systemische Planung von Gewaltprävention auf Gemeindeebene eingeführt.

Die Sicherheit des öffentlichen Raums hat große Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürger, sowie auf ihre Möglichkeiten, am öffentlichen Leben und an Entwicklungsprozessen teilzuhaben.

Dies geschieht auf der Basis von partizipativen und interaktiven Problemanalysen und Planungsprozessen. Dabei wird von folgender Prämisse ausgegangen: Wenn die Hauptakteure und die Betroffenen selbst eine aktive Rolle spielen in der Sicherheitsentwicklung ihrer Gemeinden, führt dies auch zu einer nachhaltigen Änderung in ihrem eigenen Verhalten. Die Beteiligten identifizieren sich mit der Entwicklung, zeigen Verantwortungsgefühl für die Gemeinde und andere Gemeindeglieder. Die Kommunikation verbessert sich und wird konstruktiver.

Auf diese Weise wurde beispielsweise in Johannesburg bei der Neugestaltung öffentlicher Parks („Park Upgrades“) vorgegangen, die zuvor als chaotisch und unsicher wahrgenommen wurden, z.B. wegen Überfällen und Drogenhandel. Mehr Informationen zu den „Park Upgrades“ unter <http://www.saferspaces.org.za/blog/entry/designing-for-safer-inner-city-parks-in-johannesburg>.

Hintergrund: Beispiel Südafrika

In Südafrika fühlen sich gut 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid weite Teile der Gesellschaft vom Fortschritt ausgeschlossen. In den Großstädten sind die Folgen der ehemals segregierten Stadtpolitik noch immer spürbar: Extreme Ungleichheit und dicht bebaute, unterversorgte Siedlungen gehen einher mit hoher Arbeitslosigkeit und fehlenden Zukunftsperspektiven, vor allem für Jugendliche. Dies fördert Kriminalität und Gewalt. Den Kommunen fehlen nötige Ressourcen und die Expertise, um die Sicherheit in ihren Gemeinden adäquat zu fördern.

Eine zentrale Aufgabe des GIZ-Präventionsprogramms Inklusive Gewaltprävention (VCP) ist es, die notwendigen Bedingungen für die Schaffung sicherer Gemeinden durch gewaltpräventive Maßnahmen zu verbessern:

- Schlüsselakteure werden in der Klärung ihrer Rollen und ihrer Koordination unterstützt.
- Über GIZ-Beratung erfolgt die Aufnahme des Präventionsthemas in relevante Regierungsprogramme.
- Um Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern, fördert das GIZ-Programm verschiedene Plattformen und Netzwerke, z.B. das Online-Wissensportal www.saferpaces.org.za und die Urban Safety Reference Group, eine Koordinationsplattform zum Thema städtische Sicherheit.
- Jugendliche werden als Gestalter positiver Veränderung gefördert und bringen eigene Ideen ein.
- In Pilotprojekten fördert das Programm den Austausch zwischen Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft.

Vorgehensweise

Im Folgenden wird dargestellt, wie bei der partizipativen Planung und Gestaltung von sicheren öffentlichen Räumen in Südafrika genau vorgegangen wird und welche Schritte hierfür relevant sind.

1. Bedingungen für Partizipation schaffen

Die Anwendung geeigneter demokratischer und interaktiver Moderationsmethoden in Workshops ist wesentlicher Bestandteil des gesamten Ablaufs. Prozesse, die auf partizipativen Methoden beruhen, haben keine vordefinierten Ergebnisse, sondern sind ergebnisoffen. So wird ermöglicht, dass Menschen aktiv an Entscheidungen teilhaben, die ihr Leben betreffen.

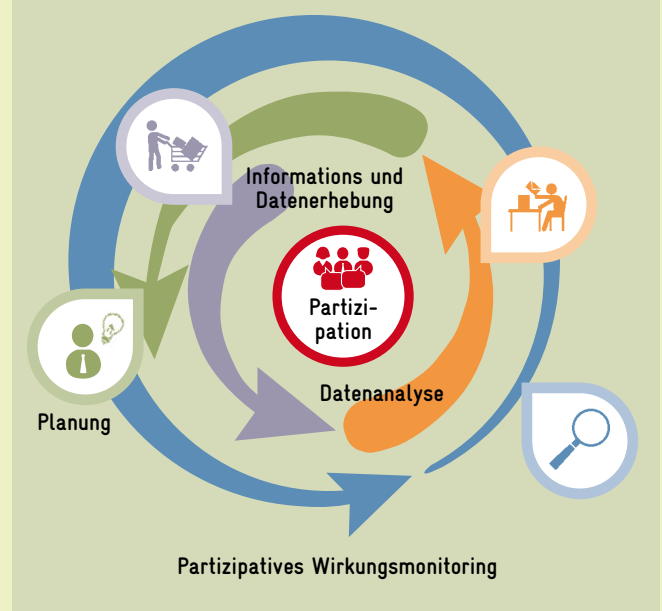
In einer ersten Phase werden partizipative Instrumente eingeführt, um auf anschauliche und interaktive Weise Basiskonzepte der Gewaltprävention zu vermitteln. Die partizipativen Instrumente garantieren dabei, dass nicht abstrakte Konzepte unterrichtet werden, sondern dass direkt an der Lebenswelt und der Erfahrung der Teilnehmer angeknüpft wird. Die Beteiligten lernen, eigene Perspektiven darzustellen und gleichzeitig einander zuzuhören.

2. Daten und Informationen erheben

Die Tools, die in diesem Schritt verwendet werden, ermöglichen die partizipative Erhebung von Daten und Informationen, die für die gegenwärtige Sicherheitssituation im Gemeinwesen relevant sind. Es geht dabei darum, nicht nur Symptome zu bearbeiten, sondern die Hintergründe, Ursachen und Folgen von Gewalt und Unsicherheit im eigenen Lebensbereich zu verstehen. Dabei werden z.B. auf die wesentlichen Akteure sowie auf Lebensbedingungen eingegangen, auf Gewaltursachen, auf Ressourcen, die die Gemeinde widerstandsfähiger gegen Gewalt machen können, sowie auf Risiko- und Schutzfaktoren.

Als Ergebnis verfügen die Beteiligten über ein Dokument, das die erhobenen Daten auf strukturierte Weise zusammenstellt. Zugleich sind sie bereits Teil eines partizipativen Prozesses, der sie befähigt, die Situation zu analysieren, eigene Lösungen zu identifizieren und aktiv zu werden.

Grafik: Veranschaulichung der unterschiedlichen Schritte der partizipativen Planung





Anwohner treffen im öffentlichen Raum

3. Analyse der Sicherheitssituation

Als nächster Schritt erfolgt die Analyse der Daten. Dabei werden strategische Ansatzpunkte identifiziert. Als Grundlage werden Risiko- und Schutzfaktoren herausgearbeitet. Diese ermöglichen ein tieferes Verständnis der sozialen Interaktionen. Es wird deutlich, inwiefern Gruppen stigmatisiert und ausgegrenzt werden, und wie sich dies auf die Wahrnehmung der Unsicherheit auswirkt.

Ein wichtiges Ziel ist in diesem Zusammenhang, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass ausgegrenzte Gruppen eine fördernde Umgebung benötigen, um Chancen und Gelegenheiten zu nutzen. Zugleich wird in dieser Phase die proaktive Haltung der Teilnehmer gestärkt, um Veränderungsprozesse gemeinsam anzugehen.

4. Präventionsinitiativen planen

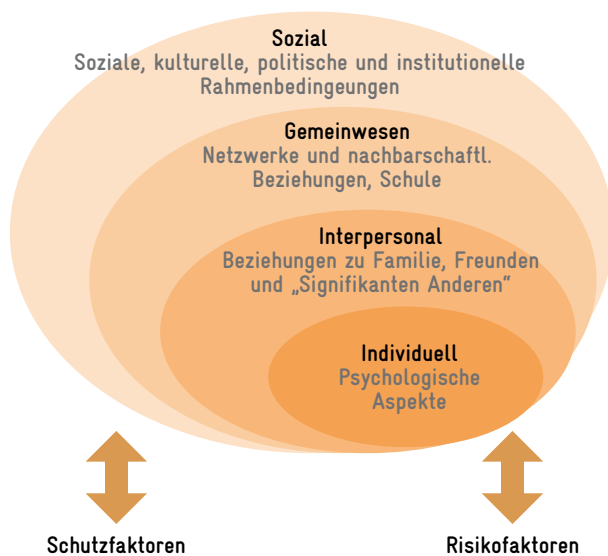
Auf dieser Grundlage lässt sich eine mittelfristige Strategie mit Zielen und Aktionslinien festlegen. Im Zentrum dieses Schritts steht die Planung von Präventionsmaßnahmen, ob es nun einzelne Initiativen sind oder es sich um umfangreichere Sicherheitspläne handelt. Die Ziele werden dabei als erwünschte Verhaltensänderungen von betroffenen Akteuren beschrieben, die zu einer fördernden Umgebung für Ausgegrenzte beitragen, Risikofaktoren verringern und Schutzfaktoren stärken sollen.

Je höher die Beteiligung von Betroffenen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Beteiligten sich mit den Maßnahmen identifizieren und sie umsetzen. Ziel dieser Phase ist es nämlich auch, das Commitment der Akteure zu stärken.



Beispiel: Sozialisation und Interaktion in Akteurssystemen

Eine systemische Perspektive wird zur Analyse von Schutz- und Risikofaktoren genutzt, mit denen sich die Anwohner, beispielsweise Jugendliche, auseinandersetzen müssen, und zwar auf individueller, familiärer, nachbarschaftlicher und Gemeinwesenebene. Dabei spielen die „Signifikanten Anderen“ eine zentrale Rolle, die direkt mit Jugendlichen interagieren und ihr Verhalten mit beeinflussen. Beispiele wären Lehrer, Eltern, direkte Nachbarn sowie Gleichaltrige, aber auch Lokalpolitiker oder Polizisten. Ihr Handeln eröffnet Chancen und Perspektiven für prosoziale, gewaltfreie und produktive Beziehungen, oder es befördert Risiken. Das Verhalten der „Signifikanten Anderen“ wird wiederum ebenfalls von sozialen Beziehungen beeinflusst, die systemisch miteinander in Verbindung stehen.



Die Interaktionen, die auf unterschiedlichen Ebenen das Verhalten und die Entscheidungen z.B. von benachteiligten Jugendlichen beeinflussen, dienen als Grundlage für die Planung von Aktivitäten, um letztlich Veränderungen im Umfeld zu bewirken. Vor diesem Hintergrund stehen nicht mehr, wie in traditionellen Modellen, beispielsweise die „Problemjugendlichen“ und die Veränderung ihres Verhaltens im Mittelpunkt der Intervention.

„Wir sehen junge Leute nicht als Opfer oder Gewalttäter. Stattdessen versuchen wir, eine neue Sichtweise auf sie einzuführen, und zwar als aktive Gestalter von Veränderungen, die eine wichtige Rolle in der Schaffung sicherer Gemeinden einnehmen.“

Linda Zali, Psychologin und Skills Facilitator in Port Elizabeth/Südafrika

Entsprechend würde im Zusammenhang mit der Integration nicht einseitig die Integrationsleistung des Geflüchteten im Mittelpunkt stehen, sondern das Verhalten aller relevanten Akteure, das Integration befördert (Schutzfaktoren) oder erschwert (Risikofaktoren). Die Verfestigung dieser Perspektive wirkt sich entsprechend entstigmatisierend auf den Integrationsprozess aus.

5. Partizipative Umsetzung, Monitoring und Auswertung

Für Maßnahmen, die sozialen Wandel im Gemeinwesen anstreben, ist ein angemessenes Monitoring- und Evaluierungssystem aufzubauen, das es den Beteiligten erlaubt, die Entwicklung beobachten und steuern zu können. Dabei geht es um die Ermittlung von verändertem Verhalten der Beteiligten.

Gemeinsam mit Schlüsselakteuren wird der zu ändernde Ist-Zustand sowie erwartete und erwünschte Soll-Zustände beschrieben (z.B. Veränderungen in der Praxis der Integration von Geflüchteten, oder hinsichtlich der beteiligten Akteursgruppen in der Gemeinde). Es werden „Progress Markers“ (zu erreichende Veränderungsschritte, die einen Fortschritt bedeuten) identifiziert.



Beispiel: Mögliche Progress Markers im Zusammenhang mit der Integration Geflüchteter in einer Gemeinde

Expect to see: Die lokalen Schlüsselakteure richten ein regelmäßig tagendes interdisziplinäres Integrationskomitee ein.

Like to see: Die teilnehmenden Organisationen planen wenigstens fünf Integrationsmaßnahmen und setzen sie gemeinsam um.

Love to see: Wenigstens 20 Geflüchtete und 20 Personen der aufnehmenden Gemeinde nehmen durchschnittlich an den Maßnahmen teil und unterstützen aktiv weitere Maßnahmen.

In regelmäßigen partizipativen Monitoringworkshops wird im Sinne eines permanenten Lernprozesses nachgehalten, inwiefern Progress Marker erreicht wurden, und wie man die Praktiken und Maßnahmen so gestalten kann, dass sie erreichbar sind.

Auch im Monitoring und bei der Evaluation stellt die Beteiligung der Akteure und der Gemeinde ein Schlüsselement dar. Im GIZ-Programm VCP werden die Anwohner zudem über Informationsplattformen eingebunden, was sich insgesamt positiv auf die lokale Regierungsführung auswirkt, da Maßnahmen nicht nur transparenter und legitimer sind, sondern auch die Identifikation und die Ownership seitens der Anwohner zunehmen.

Erzielte Wirkungen – Was wurde bisher erreicht?

- Erhalt, Sicherung und bessere Nutzung der öffentlichen Räume
- Zahlreiche Aktivitäten, die von Gemeinde- und Jugendorganisationen ausgehen

- Veranstaltungen, die die Anwohner zusammenbringen, z.B. durch Spiele und gemeinsames Lernen (z.B. „Meet your Neighbour“-Events)
- Zusammenarbeit unterschiedlichster öffentlicher Institutionen und der Zivilgesellschaft im Kontext gewaltpräventiver Maßnahmen und der Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt
- Entwicklung von Strukturen für das gemeinsame Management öffentlicher Räume (öffentliche Institutionen und Anwohner)
- Zahlreiche Beiträge für die Neugestaltung und Nutzung der öffentlichen Räume

Wie könnte man die Methode für die Integration Geflüchteter verwenden?

Ein ähnliches Vorgehen ist in unterschiedlichen Kontexten nicht nur im Hinblick auf die Gestaltung öffentlicher Räume vorstellbar, die gemeinsam von Anwohnern unterschiedlicher Herkunft genutzt werden könnten. Auch und gerade im Hinblick auf die Planung der Unterbringung von Geflüchteten in den Gemeinden wäre eine vergleichbare Methodik zu erwägen. Auf diese Weise könnten Konflikte mit Anwohnern

abgeschwächt und stattdessen Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden.

Zentrale Erfolgsfaktoren bestehen zum einen in der systemischen Perspektive (Analyse von Schutz- und Risikofaktoren in unterschiedlichen Interaktionssystemen wie Familie, Schule, Nachbarschaft, Gemeinde, etc.) sowie in der partizipativen Einbindung aller wesentlichen Beteiligten.

Im Hinblick auf die Replizierbarkeit ist anzumerken, dass in jedem Fall Moderatoren und Trainer gebraucht würden, die Erfahrungen mit partizipativen und interaktiven Methoden haben und sich mit einer systemischen Perspektive auf soziale Veränderungsprozesse auskennen.

Die Tools können flexibel auf jeweilige Bedarfe abgestimmt und auf zur Verfügung stehende Zeiträume angewendet werden.

Das VCP-Programm in Südafrika hat ein Toolkit zur partizipativen Planung und Gestaltung von Sicherheit im Gemeinwesen entwickelt, in dem detailliert auf die beschriebenen Methoden sowie auf partizipative Instrumente zur Gestaltung von Workshops eingegangen wird. Es findet sich in englischer Sprache unter <http://www.saferspaces.org.za/learn-how/entry/building-safer-communities-toolkit>

Kontakt: Terence Smith (Leiter des GIZ-Programmes „Inklusive Gewaltprävention“ in Südafrika)
terence.smith@giz.de



Gewaltfreie Kommunikation zwischen Schülern, Eltern und Lehrern

Viele geflüchtete Minderjährige und Kinder und Jugendliche aus asylsuchenden Familien sowie aus Flüchtlingsfamilien erleben in der Schule Frustration und Rückschläge. Sie fühlen sich ausgegrenzt und von Lehrern unverstanden.

Einige der interviewten Jugendlichen fühlen sich in der Schule ungerecht behandelt und führen dies auf ihre Hautfarbe, Herkunft oder ihren Status zurück. Bei Konflikten würde beispielsweise immer ihnen die Schuld zugewiesen.

Häufig besteht, wenn Jugendliche in Integrationsklassen kommen, kein Kontakt zu anderen Klassen. Ein Austausch wird zudem kaum von Schulseite gefördert oder angeregt. In der Folge treffen sich Jugendliche mit gleicher Nationalität oder gemeinsamer Sprache in den Pausen, was letztlich nicht die Integration fördert.

Beispiel: Wenn Trennung die Lösung ist

In einer Schule haben die Klassen Geflüchteter und andere Schüler getrennte Pausenzeiten, was von der Schulleitung mit einem „Sicherheitsrisiko“ begründet wird. So besteht kaum Kontakt zwischen den Gruppen. Während einige Eltern Stimmung gegen „Zuviel Miteinander“ machen, sprechen sich der Elternrat und viele Schüler für gemeinsame Pausen und mehr Kontakt aus.

In der Grundschule werden geflüchtete Kinder zwar direkt eingegliedert, treffen aber nicht selten auf überforderte Lehrer, die auf die Situation nicht vorbereitet sind und denen Kompetenzen und Rollenverständnis für die Integration und Förderung der Kinder fehlen. Die Lehrer sind zudem mit den Sorgen der anderen Eltern konfrontiert, die den Lernerfolg ihrer Kinder durch die zunehmenden Aufgaben der Integration gefährdet sehen.

In manchen Fällen führt dies zu einer Ausgrenzung der geflüchteten Kinder, deren Potential nicht ausreichend gefördert wird.

Beispiel: Hilf- und Sprachlosigkeit in Familien und Klassen

Die Lehrer einer Grundschule wollen einen arabischstämmigen Schüler loswerden. Seine Eltern sind Geflüchtete, die kaum die Sprache der aufnehmenden Gesellschaft sprechen. Der Junge bringt in der Schule sehr schlechte Leistungen, außer in Sport, wo er sich auch gut mit dem Lehrer versteht. Von Mitschülern wird er zum Teil gehänselt, hat kaum Freunde, und fiel schon einige Male durch äußerst brutales Verhalten auf, wenn er geärgert wurde. Seine Klassenlehrerin kommt mit seinem Verhalten überhaupt nicht klar. Sie hat das Gefühl, dass er sie davon abhält, der Klasse die notwendigen Lerninhalte zu vermitteln, und setzt vor allem auf Sanktionen, denn mahnende Gespräche mit den Eltern scheinen nicht zu fruchten. Der Junge fühlt sich verzweifelt und würde am liebsten gar nicht mehr zur Schule gehen.

Am Beispiel von GIZ-Erfahrungen mit einem Projekt in Zentralamerika kann dargestellt werden, wie die Kommunikation zwischen Eltern, Schülern und Lehrern systematisch konstruktiver gestaltet werden und Empathie gefördert werden kann.

2.3.1. Darstellung der Methoden, ihrer Ziele und Wirkungen

Einführung

In Honduras, Guatemala und El Salvador stärkt die Methode Miles de Manos (deutsch: „Tausende von Händen“) die pädagogischen und kommunikativen Kompetenzen von Lehrkräften und Eltern sowie deren Zusammenarbeit zugunsten der Schulkinder. Miles de Manos wird im Rahmen des GIZ-Regionalprogramms „Prävention von Jugendgewalt in Zentralamerika“ (PREVENIR) umgesetzt. Trainingseinheiten mit mehreren aufeinander aufbauenden Treffen und Veranstaltungen helfen den Erwachsenen dabei, ihre Rolle als Schlüsselpersonen für Kinder und Jugendliche besser wahrzunehmen.



Teilnehmer von „Miles de Manos“: Eltern, Lehrer und Schüler

Schlüsselakteure der Methode sind auf nationaler Ebene die Entscheidungsträger im Bildungsministerium, Institutionen der Lehreraus- und -fortbildung, Universitäten sowie nicht-staatliche Organisationen im Bildungsbereich. Sie sollen die Methode nachhaltig in Bildungsstrategien und Curricula verankern. Auf Bezirksebene werden Angestellte des Bildungsministeriums und lokaler NRO zu Multiplikatoren ausgebildet. Das Trainingsprogramm selbst richtet sich an Lehrpersonal und Eltern.

Miles de Manos zielt darauf ab, Lehrkräfte und Eltern zu einem respektvollen, verantwortungsvollen, konstruktiven, demokratischen und gewaltfreien Umgang mit Kindern und Jugendlichen zu bewegen. Dazu gehören sowohl das kritische Hinterfragen traditioneller autoritärer Erziehungsmethoden als auch das bewusstere Einnehmen ihrer Rolle als zentrale Bezugspersonen.

Hintergrund: Beispiel Zentralamerika

In Zentralamerika ist in den Ländern des sogenannten nördlichen Dreiecks (Guatemala, El Salvador und Honduras) die Entwicklung von einem extrem hohen Maß an Gewalt gekennzeichnet. Verbreitete Formen sind innerfamiliäre Gewalt, deren Opfer häufig junge Frauen sind, Kindesmisshandlungen, Gewalt im Zusammenhang mit Drogenhandel oder -konsum sowie Raub und Schutzgelderpressungen. Insbesondere männliche Jugendliche zwischen 15 und 30 Jahren haben kaum Perspektiven auf wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe und sind sowohl als Opfer als auch als Täter von den extrem hohen Gewaltraten betroffen.

Weder das zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) als direkter Partner des GIZ-Regionalprogramms PREVENIR noch die nationalen Regierungen haben erprobte intersektorale Gewaltpräventionsansätze bisher ausreichend in Strategien integriert und umgesetzt. Vor diesem Hintergrund zielt das GIZ-Programm darauf ab, dass nationale Regierungen lokal erprobte und erfolgreiche intersektorale Gewaltpräventionsansätze umsetzen und das SICA zum Austausch und zur Verbreitung von Erfahrungen nutzen.

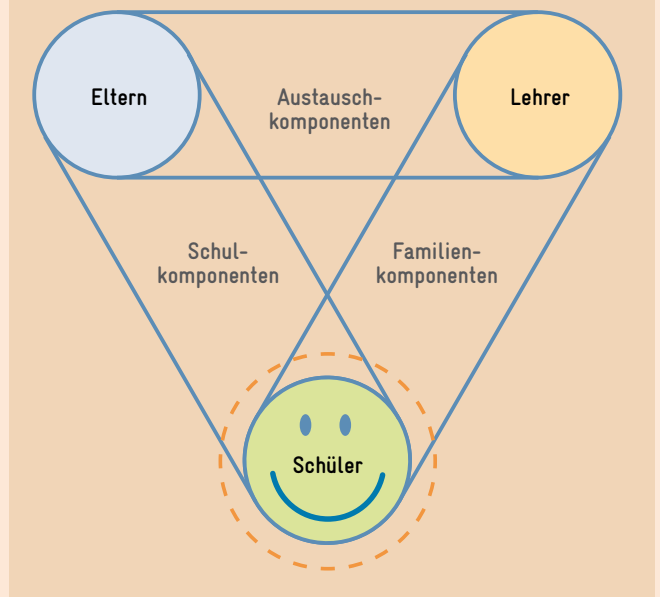
Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet PREVENIR auf mehreren Ebenen und unterstützt unterschiedliche präventionsrelevante Sektoren: Auf regionaler Ebene berät das Vorhaben das zentralamerikanische Integrationssystem bei der Umsetzung seiner Sicherheitsstrategie. Auf nationaler Ebene werden in den drei Ländern die Ministerien für Sicherheit, Bildung und Arbeit, die Polizei sowie die staatlichen Jugendinstitute beraten. Auf der Ebene der Gemeinden leistet das Vorhaben einen Beitrag zur Verbesserung der Fähigkeiten der beteiligten Akteure sowie zu ihrer Vernetzung und Koordination.

Vorgehensweise

Miles de Manos stützt sich auf verschiedene erzieherische Präventionsmodelle, deren Wirksamkeit zur Reduktion von Risikoverhalten bei Kindern und Jugendlichen wissenschaftlich nachgewiesen wurde. Diese Modelle wurden ausgewertet, zusammengeführt und an die lokalen Kontextbedingungen der beteiligten Länder angepasst. Es wurden Nationale Begleitkomitees mit zentralen Akteuren aus dem Bildungssektor gebildet, die das pädagogische Angebot begleiteten, Feedback gaben und dessen Aufnahme in die nationalen Lehrerfortbildungs- und Schulcurricula vorbereiteten. Und schließlich wurden drei spezifische Trainingskomponenten für Eltern, Lehrkräfte und gemischte (Eltern, Lehrer) Gruppen entwickelt (Grafik).

Im Anschluss wurden Miles de Manos-Trainer ausgebildet und die Durchführung der Trainingsmodule in ausgewählten Pilotschulen begleitet. Die schrittweise Umsetzung von Miles de Manos an Pilotschulen in unterschiedlichen Ländern sowie die permanente Diskussion der Wirkungen ermöglichte eine kontinuierliche Feinjustierung des Ansatzes. Die Erfahrungen wurden auf Schulnetzwerke und neue Schulen übertragen und flossen in eine Upscaling-Strategie ein. Wirkungsmonitoring ist ein fester Bestandteil des Modells.

Grafik: Komponenten und Akteure der Methode Miles de Manos



Die Miles de Manos-Treffen werden von Trainern bzw. Moderatoren geleitet, deren vornehmliche Aufgabe es ist, eine vertrauensvolle und kooperative Atmosphäre zu schaffen: Die Teilnehmenden sollen sich frei fühlen, auch unangenehme Erfahrungen und Konflikte in der Kindserziehung anzusprechen und gemeinsam zu analysieren. Die Methoden, die sie erlernen, unterstützen sie dabei, ihre Erwartungen an die Kinder klar zum Ausdruck zu bringen. Außerdem wird ihnen vermittelt, wie sie erwünschtes Verhalten bei Kindern verstärken, Grenzen setzen und Konsequenzen für nicht erwünschtes Verhalten festlegen können.

Am Ende eines der Treffen formulierte es ein Lehrer so: „Nach und nach haben wir aus verschiedenen Beispielen und Erfahrungen gelernt. Ich habe meine Stärken und Schwächen erkannt. Wir sollten die ‚Kultur des Neins‘ aus unserem Denken streichen und das Positive in die Praxis umsetzen.““

Die Treffen bieten den Teilnehmenden die Möglichkeit, beispielsweise im Rollenspiel ihre Position als Eltern und Lehrkräfte zu reflektieren und neue Formen des Umgangs mit Kindern auszuprobieren. Dabei bekommen Eltern und Lehrkräfte praktisch anwendbare Werkzeuge an die Hand, um ihrer Rolle als „Förderer“ von Schutzfaktoren für die Kinder besser gerecht werden zu können. Durch das Einüben der neuen Techniken, zuerst in der Gruppe und danach als „Hausaufgabe“ (die in dem darauffolgenden Treffen ausgewertet wird), wird ein direkter Bezug zur Lebenswelt der Teilnehmenden hergestellt.

Erzielte Wirkungen – Was wurde bisher erreicht?

- Es wurden über 200 Trainer (Mitarbeiter der Bildungsministerien, Schulpsychologen und ausgewählte Lehrkräfte) ausgebildet, die die Methode derzeit an über 400 Schulen in Honduras, El Salvador, Guatemala und Nicaragua umsetzen. Viele fungieren als Multiplikatoren für die Anwendung an weiteren Schulen.
- Vielen Eltern und Lehrkräften wird erstmals bewusst, dass sie in einer gewaltbelasteten Gesellschaft für Heranwachsende potentielle Schutzfaktoren darstellen.
- Die Rückmeldungen der Teilnehmenden belegen einen vermehrten Bedarf nach praktischen Angeboten von der Art Miles de Manos. Eltern und Lehrkräfte empfinden das Modell als eine einzigartige Unterstützung bei der Schaffung eines harmonischen Zusammenlebens im Elternhaus und in der Schule.
- Dank Miles de Manos haben viele Lehrkräfte die Kommunikation mit ihren Schülern verbessern können, was zu einem harmonischeren Klassen- und Schulklima geführt hat.
- Evaluierungsergebnisse belegen, dass Kinder, deren Eltern und Lehrkräfte teilgenommen haben, verringertes antisoziales oder aggressives Verhalten aufzeigen.
- In Honduras und El Salvador ist Miles de Manos fester Bestandteil der staatlichen Elternfortbildung und sozialer Lernprogramme an Schulen. In Guatemala wurden erste Schritte zur Integration der Methode in die Lehrerbildung eingeleitet.



Beispiel: Partizipation und Zusammenhalt in Schulgemeinden in Guatemala

Im Rahmen des GIZ-Vorhabens FOSIT in Guatemala wird auf die Förderung einer Friedenskultur sowie den Kinderschutz in Schule und Gemeinde abgezielt. Dabei lernen Schüler, Eltern und Lehrer, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten. Es erfolgt dabei eine partizipative Situationsanalyse in Gemeinde und Schule, um Konflikte sowie Gewaltformen und -ursachen zu identifizieren. Lehrer und andere Akteure bilden Kinderschutzkomitees, die sich in einem peer-to-peer-Ansatz gegenseitig beraten, fortbilden und Aktionen gemeinsam umsetzen. Kinder und Jugendliche bilden Organisationen nach eigenen Interessenschwerpunkten, z.B. Arbeitsgruppen zur Konfliktbearbeitung und zur Ausbildung als Konfliktmediatoren, Theatergruppen oder Graffiti-Gruppen. Gemeinsam organisieren Jugendliche, Eltern und Lehrer Friedensfestivals an den Schulen. Beteiligte Schulen richten ein Zentrum für Friedenserziehung im Alltag ein, wo nicht nur Fortbildungen stattfinden, sondern täglich Konflikte besprochen und bearbeitet werden, und sich Schüler, Eltern und Lehrer zu Fragen der gewaltfreien Kommunikation und Friedenserziehung austauschen.

Wie könnte man die Methode für die Integration Geflüchteter nutzen?

Projekte wie Miles de Manos sowie das oben genannte Projekt für Zusammenhalt in Schulen in Guatemala wären auch für den Zusammenhalt an Schulen in anderen kulturellen Kontexten förderlich und könnten nicht nur die Integration von geflüchteten Schülern, sondern von marginalisierten Familien insgesamt stärken, indem über eine kooperative Kommunikationskultur auch das Selbstvertrauen von Kindern und Eltern unterstützt würde. Viele Dinge, z.B. Rollenverständnisse, Konflikte und Lernhemmnisse, die bisher aufgrund von fehlender Kommunikation den Beteiligten nicht bewusst sind, kämen zur Sprache. Dies würde beispielsweise auch zu einer erhöhten Empathiefähigkeit mancher Lehrer und Eltern sowie zur kreativen Bearbeitung von Problemen und Konflikten beitragen.

Die systemische Perspektive stellt einen Erfolgsfaktor dar, da sie einen konstruktiven, demokratischen Austausch zwischen den Hauptbeteiligten ermöglicht und die Wechselwirkung von schulischer und familiärer Kommunikation einbezieht. Zudem ist der zwar aufwendige, aber notwendige Prozess, in dem die Methode auf den jeweiligen Kontext abgestimmt wird, als wichtiges Schlüsselement zu betrachten, denn in jedem kulturellen Kontext müssen spezifische Faktoren berücksichtigt werden. Die Einrichtung nationaler Begleitkomitees stellt ebenfalls einen Erfolgsfaktor dar, da auf diese Weise ermöglicht wurde, die Methode flächendeckend anzuwenden und in übergreifende Strategien einzubeziehen.

Für eine Nutzung der Methode in anderen Kontexten würden Moderatoren und Trainer gebraucht, die Erfahrungen mit partizipativen und interaktiven Methoden, mit systemischer Beratung sowie mit gewaltfreier Kommunikation im Schulbereich haben.

Die methodische Entwicklung von Miles de Manos hat sich nicht zuletzt durch den internationalen Dialog der am Prozess beteiligten Experten über zwei Jahre erstreckt. Insgesamt wäre in anderen Kulturkontexten vermutlich von einer ähnlichen Zeitspanne auszugehen, inklusive der Pilotierung in mehreren Schulgemeinden.

Weitere Informationen zur Methode „Miles de Manos“ und zum Regionalvorhaben PREVENIR finden sich auf folgenden links:

www.gizprevenir.com/milesdemanos/ (spanisch)

www.giz.de/de/weltweit/13494.html

Kontaktdaten: Rubeena Esmail-Arndt (Programmleiterin)

rubeena.esmail-arndt@giz.de

Betreuung und Ausbildung für geflüchtete und einheimische Jugendliche

Über Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), kirchliche und staatliche Träger besteht beispielsweise in deutschen Kommunen eine unterschiedlich große Anzahl von zumeist sehr engagierten Unterstützern und Betreuern, die Geflüchteten bei der Orientierung, bei der Aushandlung unterschiedlichster Konflikte und bei alltäglichen Fragen der Integration unterstützen. Zum Teil wird diese Arbeit auch von Mentoren mit ähnlicher Herkunft der Geflüchteten übernommen, die nicht immer über Beratungserfahrungen verfügen.

Häufig scheint es allerdings an Kapazitäten und an den richtigen Instrumenten für eine umfassende, koordinierte und komplementäre Unterstützung zu mangeln, die unterschiedliche Lebensbereiche abdeckt, von der Schaffung von Beschäftigungsperspektiven bis hin zur Bearbeitung möglicher Traumata. Im Zusammenhang mit letzterem müssen Geflüchtete oft weite Wege in Kauf nehmen.



Beispiel: Wenn der Austausch fehlt...

Die Leiterin einer kirchlichen Betreuungseinrichtung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete hat eine Idee für ein Projekt für die Beschäftigungsförderung von Geflüchteten, hat aber keine Vorstellung davon, wie man an mögliche Projektgelder kommen könnte. Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung sind diesbezüglich erfahren und haben Kontakte zu möglichen Gebern, aber es besteht kein Austausch. Die Leiterin weiß zwar um die Existenz eines kommunalen Arbeitskreises zum Thema (eine Mitarbeiterin geht gelegentlich zu den Treffen). Sie weiß jedoch nicht, was die Aktivitäten des Arbeitskreises sind und inwiefern aus einer Teilnahme ein Mehrwert für ihre Jugendlichen resultieren könnte.

Eindrücke aus Interviews

Betreuer sind häufig zentrale Ansprechpersonen für junge Geflüchtete, gerade wenn die eigene Familie als direkter Ansprechpartner fehlt. Die Bedeutung von Betreuung wird von den unbegleiteten jugendlichen Geflüchteten, die für die Erstellung dieser Broschüre interviewt wurden, als besonders hoch bewertet. Dies gilt beispielsweise für das Besprechen von Alltagsorgen, für das Aushandeln von Konflikten, etwa mit Lehrern, oder für das Knüpfen von Kontakten, z.B. in Vereinen. Die Jugendlichen wünschen sich psychosoziale Unterstützung, wenn sie traurig wegen der Abwesenheit ihrer Familie oder dem Verlust von Familienmitgliedern sind, und Unterstützung für Ausbildung und Beschäftigungsförderung. Letzteres geht mit dem langfristigen Hauptwunsch der Existenzsicherung einher.

Gleichzeitig schätzen die interviewten ehrenamtlichen und hauptamtlichen Betreuer die vorhandenen Kapazitäten für die Unterstützung Geflüchteter als stark ausbaufähig ein:

- Das Verhältnis zu Betreuten kann manchmal paternalistische Formen annehmen und der Selbständigkeit der Geflüchteten im Wege stehen.
- Viele Betreuer fühlen sich von der Situation überfordert („ins kalte Wasser geworfen“).
- Systematische Fortbildungen, Supervision und Möglichkeiten für Betreuer, im Austausch interkulturellen Perspektivwechsel einzunehmen und die eigene Rolle auf einer Metaebene zu reflektieren, gibt es kaum.
- Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Schlüsselpersonen der Integration und Betreuern findet in vielen Fällen nur punktuell statt. Aus der Perspektive vieler Beteiligter herrscht eine Unübersichtlichkeit („Wer ist verantwortlich für was?“).

In unterschiedlichen Kontexten besteht ein Bedarf an effektivem Austausch und Koordination kommunaler Fachkräfte sowie an lokalen Vereinbarungen, Strategien und Ressourcen für die systematische Integration von Geflüchteten. Dies kann dazu führen, dass die Ansätze an Durchschlagskraft einbüßen und es ihnen an Nachhaltigkeit mangelt. Dies geht auf Kosten der Kompetenzentwicklung.

Es wird erst damit begonnen, Kooperationssysteme, Austauschmöglichkeiten und Plattformen für Wissensmanagement, für die Bündelung vorhandener Strategien und Konzepte sowie für die Entwicklung neuer Vorhaben zu etablieren (z.B. die Website www.pufii.de).

Vor diesem Hintergrund kann die Erweiterung der Kapazitäten und Kompetenzen für Betreuung als erforderliche Entwicklung gesehen werden. Es sollten Instrumente etabliert werden, die ein ganzheitliches, koordiniertes Betreuungsangebot ermöglichen.

Auf entsprechende Lösungsansätze im Zusammenhang mit der EZ wird im folgenden Methodenbeispiel aus Jordanien eingegangen.

Hintergrund: CAPACITY WORKS – Allgemeines GIZ-Modell für das Management komplexer Prozesse

Die Integration Geflüchteter ist als komplexer Prozess zu verstehen, an dem unterschiedlichste Akteure beteiligt sind, die miteinander kooperieren sollten, um ein optimales Gelingen zu ermöglichen. Es geht beim Management und der Steuerung von komplexen Prozessen nicht nur um die Bereitstellung technischer Lösungen und Dienstleistungen, sondern auch darum, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandel zu unterstützen.

Die GIZ hat ihre Erfahrungen im Management von komplexen Kooperationssystemen systematisiert und in dem Modell Capacity WORKS zur Verfügung gestellt. Capacity WORKS wird in allen Vorhaben der GIZ angewandt. Dabei geht es um die Kooperation von Akteuren aus Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die gemeinsam nachhaltige Veränderungen in der Gesellschaft gestalten wollen.

Mehr Information zu Capacity Works findet sich unter <https://www.giz.de/fachexpertise/html/4619.html>

Darstellung der Methoden, ihrer Ziele und Wirkungen

Um jungen Menschen eine Hochschulbildung zu ermöglichen, die sich viele finanziell nicht leisten können, vergibt die GIZ in Jordanien Vollstipendien. Empfänger sind zu gleichen Teilen syrische Geflüchtete und bedürftige Jordanier, die Hälfte aller Stipendiaten sind Frauen.

Die Förderung der Stipendiaten vollzieht sich über ein integriertes Unterstützungsangebot.

Sie erhalten einen Beitrag zu den monatlichen Lebensunterhaltskosten, die Studiengebühren an den lokalen Universitäten werden vom GIZ-Vorhaben getragen. Neben Sprachkursen und vorbereitenden Lehrveranstaltungen vertiefen sie in zusätzlich angebotenen Schulungen ihr Wissen zu bestimmten Themen. Bei Nachhilfebedarf werden sie von Tutoren unterstützt. Syrische Stipendiaten werden in dreimonatigen Vorbereitungskursen auf das Studium an der jordanischen Universität vorbereitet. Zur Stärkung der Nachhaltigkeit des GIZ-Vorhabens wird neben der Förderung der Vernetzung

Hintergrund: Beispiel Jordanien

Der Bürgerkrieg in Syrien zwingt die Bevölkerung zur Flucht. Knapp 5 Millionen Menschen haben das Land bisher verlassen. Das Nachbarland Jordanien bietet mittlerweile Zuflucht für über 630.000 Geflüchtete Syrer. Viele von ihnen sind junge Erwachsene, die sich nach den traumatischen Erfahrungen des Krieges und der Flucht eine neue Lebensperspektive erhoffen. Mehr als 80 Prozent der Flüchtlinge leben außerhalb der Flüchtlingscamps in den aufnehmenden Gemeinden. Sowohl jungen syrischen Flüchtlingen als auch der ärmeren jordanischen Bevölkerung in den aufnehmenden Gemeinden fehlen verlässliche Zukunftsperspektiven:

- Viele junge Syrer mussten ihre Ausbildung oder das Hochschulstudium unterbrechen oder konnten gar kein Studium mehr beginnen. Die Flüchtlinge wollen sich weiterbilden, doch ihre finanzielle Situation, ihr Aufenthaltsstatus, mangelnde Fremdsprachenkenntnisse oder fehlende Dokumente stehen einem Studium in Jordanien im Weg. Ohne Perspektive empfinden viele Flüchtlinge ihre Lage als aussichtslos. Viele haben zudem eine Traumatisierung durch Kriegs- und Fluchterlebnisse erlitten.
- Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen stieg die Einwohnerzahl in Jordanien in nur wenigen Jahren um zehn Prozent. Vor allem für die ärmeren Bevölkerungsgruppen ist es schwierig, die Geflüchteten zu akzeptieren, da sie mit ihnen um Ressourcen wie Schulplätze, Wasser und nicht zuletzt um Arbeitsplätze konkurrieren. Auch der jungen jordanischen Generation mangelt es vielerorts an Perspektiven.

Das GIZ-Projekt JOSY („Neue Perspektiven durch akademische Aus- und Weiterbildung für junge Syrer/innen und Jordanier/innen“) ist vor allem in der Region der jordanischen Hauptstadt und in weiteren Aufnahmegemeinden tätig. Ziel des Vorhabens ist es, in jordanischen Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, zur Verbesserung der Lebensperspektiven von jungen Frauen und Männern beizutragen. Um Konkurrenz und damit sozialen Spannungen entgegenzuwirken und Gemeinsamkeiten zu stärken, werden sowohl syrische Flüchtlinge als auch junge Jordanier gefördert, denen der Zugang zu akademischer Ausbildung sonst nicht ohne Weiteres möglich wäre.

Die GIZ kooperiert hierfür mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), sowie mit vier jordanischen Universitäten in Amman und Irbid. Das Projekt ist Teil der Sonderinitiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) zur Bekämpfung von Fluchtursachen und Reintegration von Flüchtlingen in Regionen mit anhaltenden Krisen.

https://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/deutsche_politik/index.html



Konfliktanalyseworkshop von Stipendiaten

der Stipendiaten untereinander und mit anderen Flüchtlingsinitiativen auch der Aufbau eines Stakeholder-Netzwerks im Bereich Hochschulbildung für Geflüchtete gefördert, welches ein praxiserprobtes Unterstützungskonzept zu wesentlichen Aspekten des Themas „Studieren als Flüchtling“ verbreitet.

Neben den Elementen Studienunterstützung und Vernetzung spielt die Komponente „Psychosoziale Unterstützung“ eine zentrale Rolle. Sie wird im Folgenden detaillierter beschrieben.

Vorgehensweise

Stipendiaten werden vor Ort engmaschig durch das Projektpersonal betreut. Häufig geht es in den individuellen Beratungen um die Bewältigung persönlicher Herausforderungen im Alltag. Die psychosoziale Unterstützung der jungen Akademiker soll deren Selbstwertgefühl und selbstständiges Agieren stärken sowie Handlungsoptionen vermitteln. Stressfaktoren sollen abgebaut, Schutzfaktoren aufgebaut werden. Sämtliche Unterstützungsbedürfnisse werden partizipativ erhoben und geplant.

- Syrische und jordanische Stipendiaten werden dabei unterstützt, soziale Projekte unter Einbezug ihres fachlichen Hintergrundes zu konzipieren und in ihren Gemeinden umzusetzen. Die Projekte sollen den sozialen Zusammenhalt zwischen Jordaniern und Syrern stärken, sowie der Prävention und konstruktiven Bearbeitung von Konflikten dienen. Zudem wird das Selbstvertrauen der Teilnehmer gestärkt, Stipendiaten machen Arbeitserfahrungen, es kommt ihnen in ihrer Gemeinde eine Rolle zu, und sie beteiligen sich aktiv an der Gestaltung ihrer direkten Umgebung.
- Von besonderem Gewicht ist die psychosoziale Beratung der Stipendiaten, in denen sie in Gruppen oder individuell von Psychologen unterstützt werden, sowie bei Bedarf auch traumatische Erlebnisse aufarbeiten können. Dabei sind sowohl lokale als auch internationale Psychologen Ansprechpartner.

Durch regelmäßige maßgeschneiderte extracurriculare Trainingsmaßnahmen werden die Stipendiaten in den Bereichen Life Skills, Konflikt-, Selbst- und Veränderungsmanagement sowie Kommunikation weitergebildet. Auf diese Weise werden ihre Selbsthilfekapazitäten gestärkt und die zukünftige Beschäftigungsfähigkeit erhöht. Den Teilnehmern werden sogenannte safe spaces bereitgestellt, Räume, in denen sie neu erlernte Fähigkeiten praktizieren und über das eigene Verhalten gemeinsam reflektieren können. Dabei unterstützen sie sich gegenseitig im Sinne eines peer learning.

- Zudem werden die Stipendiaten im Hinblick auf Lebens- und Karriereplanung unterstützt. Hierbei erfolgen individuelles Coaching und Unterstützung durch Mentoren. Gleichzeitig bauen die Studierenden ein „Buddy-System“ im Sinne eines Netzwerks gegenseitiger Unterstützung für die Zukunft auf.
- Das Vorhaben ermöglicht weiterhin den Stipendiaten Zugang zu regelmäßigen Sportaktivitäten und stellt einen finanziellen Notfall-Fonds für persönliche Notfallsituationen bereit.

Grafik: Komponenten des integrierten Betreuungsangebots für die Stipendiaten

Masterstudium	• Vollstipendium (monatliche finanzielle Beihilfe) • Erstattung von Studiengebühren • Propädeutikum • Englischintensivkurs vor Studienbeginn • Maßgeschneiderte Extrakurse • Tutor bei Nachhilfebedarf
Psychosoziale Unterstützung	• Eins-zu-Eins-Mentoring und Coaching • Extracurriculare Trainingsmaßnahmen im Bereich 21st century skills/life skills/Selbsthilfekapazitäten • Zugang zu Psychologen • Notfall-Fonds und zinsfreie Darlehen • Zugang zu regelmäßigen Sportaktivitäten • Karriereplanung • Bereitstellung von safe spaces • Soziale Projekte • Peer Learning und Buddysystem
Vernetzung	• Wissensaustausch • Wissenstransfer • Systemische Aufbereitung von vorhandenem Know-How • Lobbying

Erzielte Wirkungen – Was wurde bisher erreicht?

„Heute habe ich einem fast blinden Studenten bei seinem Abschlussexamen geholfen. Ich war sehr froh, denn er fragte mich, woher ich komme. Ich sagte ihm, „aus Syrien“, und ich war stolz. Ich fühle mich gut, denn ich helfe Menschen und vermittele ihnen einen guten Eindruck vom syrischen Volk.“
(Syrischer Student zu der Umsetzung seines Sozialprojekts, Januar 2016)

- Bislang erhielten 80 junge Menschen die Chance, ein Masterstudium aufzunehmen. Die ersten 38 Stipendiaten sind für das Studienjahr 2015/2016 an vier Universitäten in 20 Fachrichtungen eingeschrieben. 95 Prozent von ihnen erreichten die benötigte Punktzahl in allen Examen nach dem ersten Semester. Im März 2016 wurden weitere 42 Stipendienträger ausgewählt, die im Oktober ihre Studien beginnen. Für das Studienjahr 2016 gab es mehr als 400 Bewerber für die begehrten Förderungen.
- Neben ihren Studien engagieren sich 70 Prozent der Stipendiaten in insgesamt 17 sozialen Projekten lokaler oder internationaler Organisationen. Sie unterstützen beispielsweise ein gewaltfreies Zusammenleben von Jordanern und Syrern in den Aufnahmegemeinden, leisten psychosoziale Unterstützung für syrische Geflüchtete oder leiten Spieleschulungen für Waisenkinder und Computerkurse für Studenten.
- Perspektivisch profitieren nicht nur die jungen Frauen und Männer von ihrem Studium und den zusätzlichen Angeboten. Die gut ausgebildeten Jordanier können einen Beitrag für die Weiterentwicklung ihres Landes leisten. Die syrischen Studienabsolventen wiederum können die aufnehmenden Gemeinden und den Wiederaufbau ihres Heimatlandes unterstützen.

Hintergrund: Psychosoziale Betreuung – Der Ansatz der GIZ

Eine ausbleibende Anerkennung und Bearbeitung psychischen Leids auf individueller und kollektiver Ebene hat nachhaltige negative Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und ihre ökonomische Produktivität. Dies gilt sowohl für Geflüchtete in Deutschland als auch für Opfer von Krieg und Gewalt in den Partnerländern der EZ. Von Traumatisierung spricht man in diesem Zusammenhang, wenn die individuellen Fähigkeiten zur Bewältigung des Alltags einer Person aufgrund existentieller Erfahrungen von Angst, Zerstörung und Verlust zusammengebrochen sind.

Einige GIZ-Vorhaben zielen bei der Unterstützung von Verarbeitungsprozessen auf besonders vulnerable Gruppen ab, zu denen Ex-Kombattanten, Frauen, Kinder und Jugendliche sowie Geflüchtete zählen. Viele Betroffene können sich aus eigener Kraft oder mit relativ geringer Unterstützung von den traumatischen Ereignissen erholen. Die wesentlichen Wirkungsfaktoren sind soziale Unterstützung und Neukonstituierung des Lebenssinns. Dazu müssen die Lebensgrundlagen sichergestellt, Beziehungen und Netzwerke gestärkt sowie Kommunikation und Verarbeitung des Erlebten ermöglicht werden. Da eine große Gruppe betroffen ist, können diese Verarbeitungsprozesse nicht in therapeutischen Einzelsettings ablaufen. Stattdessen können sie sozial bearbeitet und durch breitenwirksame Maßnahmen unterstützt werden.

Zu den Leistungen der GIZ gehört in diesem Zusammenhang unter anderem:

- Sensibilisierung und Qualifizierung von Multiplikatoren in den Grundlagen der psychosozialen Hilfe und Krisenintervention
- Strukturelle Förderung von psychosozialen Versorgungs- und Beratungsangeboten und Fortbildung lokaler Fachkräfte
- Netzwerkentwicklung
- Aufbau von Supervisionsstrukturen

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die GIZ-Maßnahme „Unterstützung des psychosozialen Beratungsangebotes für palästinensische Flüchtlinge“ im Libanon. Sie unterstützt die Verankerung eines systemischen und ressourcenorientierten Ansatzes für psychosoziale Arbeit in Schulen, Gesundheitszentren und Sozialarbeit sowie die Verbesserung der psychosozialen Dienstleistungen durch zivilgesellschaftliche Organisationen in ausgewählten Flüchtlingslagern. Ziel des Projekts ist die Verbesserung der psychosozialen Unterstützungsstrukturen und die Entwicklung neuer Handlungsoptionen im Umgang mit der andauernden Krisensituation. Dies wird erreicht durch das Training von Gesundheitspersonal, Beratern, Lehrern und Sozialarbeitern, den Aufbau von kollegialen Supervisionssystemen und eine Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. <https://www.giz.de/de/weltweit/22721.html>

Wie könnte man die Methode für die Integration Geflüchteter verwenden?

GIZ-Expertise wie in den dargestellten Erfahrungen könnte nützlich sein, um Angebote zu schaffen, die sich an den Bedarfen von Geflüchteten orientieren, um Unterstützungsleistungen so zu verbinden, dass sie optimal wirken, und um in einem Kooperationssystem zusammenzuarbeiten, ohne dass dies das unabhängige Handeln vor allem von freiwilligen Initiativen beeinträchtigt.

Zentrale Erfolgsfaktoren der Methode sind die ganzheitliche Betrachtung der Unterstützungsbedarfe junger syrischer Geflüchteter, die Maßnahmen zur Kompetenzerweiterung für die Beteiligten sowie die Kontextsensitivität im Hinblick auf mögliche Konflikte zwischen Syrern und Jordanern. Deshalb wurden benachteiligte jordanische Jugendliche in die Förderung einbezogen.

Die Replizierbarkeit der Stipendien selbst im Sinne von finanzieller Studienförderung ist schwierig einzuschätzen, da in anderen Ländern andere soziale und finanzielle Förderungsbedingungen existieren, gerade im Hinblick auf Geflüchtete. Auf andere Kontexte übertragbar erscheinen dagegen die kontextsensible Vorgehensweise (Einbezug von Jugendlichen aus den Herkunftsgemeinden) sowie der Aufbau eines integrierten Unterstützungsangebots durch eine ganzheitliche Perspektive und das koordinierte Vorgehen unterschiedlicher Akteure, unter Einbezug der Perspektive der Betroffenen.

Über die Erfahrungen der GIZ mit der Unterstützung junger Jordaner und Syrer kann man sich auf folgender Seite informieren:

<https://www.giz.de/de/weltweit/37174.html>

Kontakt: Henrike Hilgenfeld, Beraterin im GIZ-Projekt JOSY in Jordanien

henrike.hilgenfeld@giz.de

Briefe von Frauen – kommunikative Verarbeitung und Prävention von Gewalt

In verschiedenen Kulturen stellen Geschlechterrollenverständnisse auf unterschiedliche Weise eine Herausforderung für das Gelingen von Integration und sozialer Kohäsion dar.

In vielen arabischen Ländern sind beispielsweise hauptsächlich Männer für die Interaktionen im öffentlichen Raum zuständig. Dies erweist sich als Herausforderung für die Integration vieler geflüchteter Frauen:

Interviewte ehrenamtliche Helferinnen führen aus, dass es in vielen Fällen sehr schwierig ist, weibliche Geflüchtete aus arabischen Ländern wie Syrien in Integrationsmaßnahmen einzubeziehen, während der Kontakt mit den Männern sehr leicht herzustellen ist. Die Interviewten führen dies weniger auf Zwänge zurück als auf verinnerlichte Rollen und entsprechende Gewohnheiten. Viele Frauen scheinen sich in den eigenen vier Wänden am wohlsten zu fühlen.

So geraten die Bedürfnisse und Interessen der geflüchteten Frauen kaum in den Blickpunkt des öffentlichen Bewusstseins. Dies gilt auch für die Wahrnehmung der Schlüsselakteure der Integration.

Die ohnehin schwierige Aufarbeitung der spezifischen traumatisierenden Erfahrungen vieler Frauen, auch auf der Flucht, erscheint vor diesem Hintergrund besonders problematisch.

Eine Methode, die unter anderem von GIZ-Vorhaben in Ecuador, Peru, Bolivien und in Guatemala angewandt wird, könnte in diesem Zusammenhang hilfreich sein, um den Frauen öffentliches Gehör und Anerkennung sowie eine kommunikative Verarbeitung ihrer Erlebnisse zu ermöglichen. Sie soll im Folgenden vorgestellt werden.



Ein ermutigendes Beispiel: Mut zum Fußball

Vor wenigen Monaten hätte sie es selbst nicht für möglich gehalten: eine siebzehnjährige Eritreerin spielt in einer Mädchenfußballmannschaft mit – erfolgreich und motiviert. Eigentlich ist sie sehr schüchtern und redet nur äußerst ungern über ihre Schwierigkeiten und Konflikte. Über die psychosoziale Betreuung, die sie gemeinsam mit anderen geflüchteten Mädchen durch eine geschulte Sozialpsychologin erfährt, findet sie nun den Mut, ihre Bedürfnisse auszudrücken und selbstbewusst umzusetzen.

Darstellung der Methoden, ihrer Ziele und Wirkungen

Einführung

In der Methode „Briefe von Frauen“ werden Mädchen und Frauen darin unterstützt, Briefe an die Öffentlichkeit zu schreiben, in denen sie über eigene Gewalterfahrungen berichten. Die Kampagne zielt darauf ab, auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam und die Auswirkungen für alle sichtbar zu machen. Getragen wird sie von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen.

Die Frauen werden in partizipativen Workshops und über psychosoziale Betreuung zum Schreiben der Briefe ermuntert. Im Rahmen der Kampagne werden dann Aktionen in der Öffentlichkeit organisiert (Medienkampagnen zu den Briefen, Ausstellungen, Veranstaltungen etc.). Die anonymen Briefe werden mit partizipativen Methoden diskutiert und ausgewertet. Aus der Systematisierung der Gewalterfahrungen werden Vorschläge zur Gewaltprävention für die Politik entwickelt. Schließlich entstehen Maßnahmen, um die Situation von Mädchen und Frauen zu verbessern.



Frauen werfen ihre Mitteilungen in die Briefkästen des Projekts

Hintergrund: Beispiel Guatemala

Guatemala gehört fast zwei Jahrzehnte nach Unterzeichnung der Friedensverträge (1996) immer noch zu den Ländern mit den höchsten Gewalttaten. Seit dem Ende des Bürgerkrieges wird Gewalt zunehmend von privaten Akteuren wie Drogenkartellen und Jugendbanden ausgeübt. Bei der Verbesserung der Bürgersicherheit wurden bislang nur bescheidene Fortschritte erzielt; die meisten strukturellen Konfliktursachen bleiben ungelöst. Mangelnde Präsenz und Professionalität der staatlichen Sicherheitsorgane, einhergehend mit der vierthöchsten Mordrate in Mittelamerika, weitgehender Straflosigkeit und zunehmender Selbstjustiz machen Bürgersicherheit und Gewaltprävention zu prominenten innenpolitischen Dauerthemen. Auch im privaten und familiären Bereich ist Gewalt weit verbreitet, die Zahl der Morde an Frauen ist erschreckend hoch.

Das GIZ-Programm "FOSIT" (Stärkung integraler Bürgersicherheit und gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung) zielt deshalb unter anderem auf eine Verbesserung der Bürgersicherheit ab – sowohl objektiv als auch in der individuellen Wahrnehmung der Bürger.

Zur Erreichung dieses Ziels wird die guatemalteckische Regierung bei der Entwicklung erfolgreicher Strategien zur Gewaltprävention und die Einbeziehung aller Interessengruppen in die Umsetzung der Präventionsmaßnahmen unterstützt. Das Programm fördert Strategien und Maßnahmen zur Vorbeugung der Gewalt gegen Kinder, Heranwachsende, Jugendliche und Frauen sowie gegen Gewalt mit Waffen. Gleichzeitig werden zivilgesellschaftliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsverbände bei der Entwicklung von Dialogmechanismen sowie bei der Koordination gemeinsamer Maßnahmen unterstützt. Gewaltprävention und friedliche Konfliktbearbeitung werden so zur gemeinsamen Aufgabe aller sozialen und ethnischen Gruppen.

Vorgehensweise

Um die Anpassung erfolgreicher Gewaltpräventionsmaßnahmen auf den guatemalteckischen Kontext zu ermöglichen, wertete das GIZ-Programm in Guatemala verschiedene Kampagnen zum Thema Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika aus und diskutierte die Ergebnisse in den eigenen Programmregionen.

Hintergrund: Kampagne „Briefe von Frauen“

Dabei wurde unter anderem die Kampagne „Briefe von Frauen“ vorgestellt, die zuvor über ein GIZ-Regionalvorhaben (Combatar la Violencia contra las Mujeres – ComVoMujer) entwickelt und in Ecuador, Peru und Bolivien umgesetzt worden war: Dort wurden über 13.000 Briefe von Frauen, die anonym über ihre Gewalterfahrungen in der Familie berichteten, zusammengetragen, diskutiert und teilweise veröffentlicht, um die Vereinzelung der Opfer zu überwinden, eine gesellschaftliche Diskussion anzustoßen und öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Über die Kampagne wurde zudem die Partizipation sowie die Abstimmung und Zusammenarbeit unterschiedlicher Sektoren (Privatwirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft) gefördert. Die in den Briefen artikulierten Bedarfe wurden systematisiert und in Maßnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen übertragen.

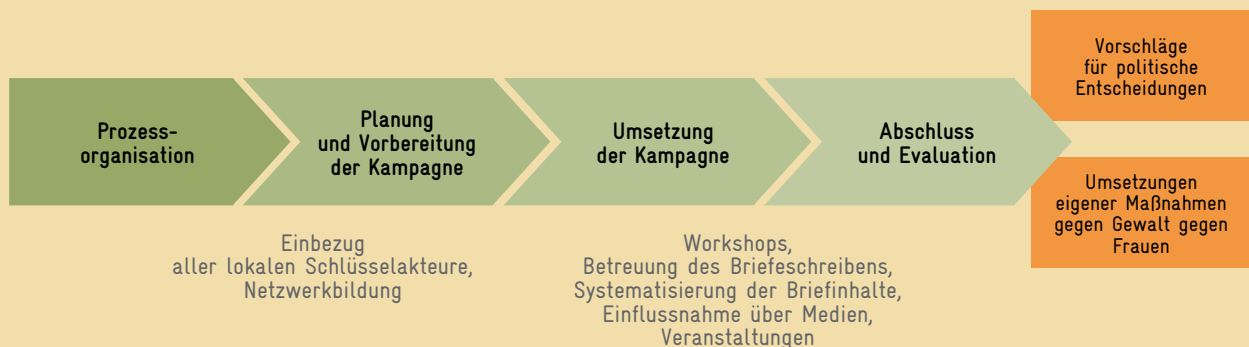
Daraufhin gründeten sich in Guatemala Initiativen von Regierungsorganisationen, Gemeindeverwaltungen und der Zivilgesellschaft, beispielsweise Frauenorganisationen, um die Erfahrung aus anderen Ländern auf die eigene Situation zu übertragen und entsprechende Aktivitäten mit Unterstützung der GIZ umzusetzen.

Hauptziel der Kampagne „Briefe von Frauen“ in Guatemala war es, die Gewalt sichtbar zu machen, der indigene und andere Frauen auf Gemeindeebene ausgesetzt sind. Dabei wurde angestrebt, das Verfassen von Briefen in ein Instrument für Gewaltprävention zu verwandeln.

Während eines Jahres wurde die Kampagne in zwei Gemeinden (Baja Verapaz und El Quiché) durchgeführt. Dies geschah im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Gewaltpräventionspolitik auf Gemeindeebene. Zur Durchführung der Kampagne bildeten sich Koordinationskomitees, die sich aus staatlichen Institutionen und privaten Organisationen der Zivilgesellschaft zusammensetzten. In diesen Kommissionen wirken unterschiedliche Organisationen mit, die zum Thema Frauenrechte arbeiten, zum Beispiel die Organisationen, die für die Rechte indigener Frauen eintreten, das Präsidialsekretariat für Frauenbelange, diverse Nicht-Regierungsorganisationen und Unternehmerinnenverbände.

Die Kommissionen arbeiteten einen methodischen Plan mit den folgenden vier Phasen aus:

Grafik: Die verschiedenen Schritte der Umsetzung von „Briefe von Frauen“



Zu Beginn wurden in beiden Gemeinden Workshops zur Ausbildung von Moderatoren gehalten, die daraufhin die Workshops als Multiplikatoren in ihren Gemeinden wiederholten. Dabei handelte es sich vor allem um Frauen der unterschiedlichen Gemeindeorganisationen, die das Verfassen der Briefe betreuten.

Die Workshops wurden offen und flexibel umgesetzt, um den Teilnehmerinnen Raum für gemeinsame Reflexion über Gewalt gegen Frauen zu geben. Die Frauen wurden motiviert, Briefe zu schreiben oder Bilder zu zeichnen, um ihre Gewalterfahrungen darzustellen. Zugleich wurden sie angeregt, über unterschiedliche Formen von Gewalt nachzudenken, die Frauen im Laufe ihres Lebens erleiden. Die Beteiligten wurden sensibilisiert und ihre aktive Mitwirkung an Präventionsmaßnahmen gefördert.

In Einzelfällen schrieben auch Männer, Jugendliche und Kinder ihre Erfahrungen mit häuslicher Gewalt gegen ihre Mütter, Schwestern, Freundinnen usw. auf.

Um die Beteiligung von Frauen und anderen Akteuren anzuregen, wurden weitere Aktivitäten mit der Kampagne verknüpft, z.B. Veranstaltungen zum Weltfrauentag sowie Radio- und Fernsehsendungen.

In den Workshops und an öffentlichen Orten, z.B. in den Rathäusern und in den kommunalen Frauenbüros, in Kliniken, Universitäten, Parks und Geschäften wurden eigene Briefkästen für die Berichte der Frauen aufgestellt. Insgesamt wurden in den zwei Bezirken 669 Briefe gesammelt.

Im nächsten Schritt wurde der Inhalt der Briefe thematisch geordnet und systematisiert. Dabei konnten die Beteiligten unterschiedliche Formen der Gewalt in verschiedenen Lebensphasen der Frauen und an unterschiedlichen Orten identifizieren. Gerade die alltägliche und gesellschaftlich noch immer weitgehend akzeptierte Gewalt, die von Beziehungspartnern ausgeübt wird, wurde von vielen Frauen zum Thema gemacht. Neben der innerfamiliären Gewalt spielt die Gewalt in öffentlichen Räumen, z.B. über Belästigungen auf der Straße oder am Arbeitsplatz, eine große Rolle.

Gerade für Frauen, die nicht gerne über ihre Erfahrungen sprechen, war das Schreiben oder Zeichnen eine ganz neue Ausdrucksform in diesem Zusammenhang, geradezu ein Befreiungsakt. Andererseits wurde deutlich, dass gerade die Tatsache, dass viele Mädchen und Frauen nicht lesen und schreiben können, noch immer eine Form von struktureller Gewalt darstellt. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Betroffenen wird hierdurch nämlich beträchtlich eingeschränkt.

Die Frauenkommissionen bewahren die Briefe auf und nutzen sie weiterhin für die Sensibilisierung der Bevölkerung zur Prävention von Gewalt gegen Frauen. Manche Inhalte werden für öffentliche Wandgemälde genutzt, oder bei öffentlichen Veranstaltungen ausgestellt.

Erzielte Wirkungen – Was wurde bisher erreicht?

- Auf nationaler wie lokaler Ebene wurden unter Beteiligung von Frauen konkrete, konzertierte Strategien der Bürger-sicherheit und Gewaltprävention umgesetzt und gute Erfahrungen gesammelt.
- Die intersektorale Koordination der lokalen Frauenkommissionen konnte gestärkt werden, so dass von ihnen immer wieder neue Maßnahmen der Prävention ausgehen.
- Das Thema Prävention von Gewalt gegen Frauen ist auf der Agenda der beteiligten Gemeinden und örtlichen Medien. So wurde in einer der beiden Gemeinden inzwischen eine integrale Frauenpolitik (Politica Integral de al Muier) verabschiedet.
- Die Bürgerbeteiligung von Frauen in den Gemeindeorganisationen hat zugenommen.
- Das Bewusstsein, dass Frauen an der Überwindung der gesellschaftlichen Gewalt mitarbeiten müssen, wurde bei allen Schlüsselakteuren (Staat, Zivilgesellschaft, Privatsektor) gestärkt.

Wie könnte man die Methode für die Integration Geflüchteter verwenden?

Das Verfassen von Briefen, um über Gewalterfahrungen, Konflikte oder auch Alltagssorgen zu sprechen, kann sich auf Menschen befreiend auswirken, die sich in Gesprächen kaum öffnen können. Die Briefform ermöglicht neue Formen der Reflexion und Verarbeitung, die zugehörigen Workshops neue Formen des Austauschs. Insofern kann die Methode einen interessanten Bestandteil psychosozialer Betreuung geflüchteter Männer und Frauen darstellen, gerade auch, wenn diese traumatisiert sind. Dabei ist darauf zu achten, dass keine Retraumatisierung stattfindet.

Die sprachliche Kommunikationsbarriere kann unter Umständen durch Briefe verringert werden, die in der Muttersprache Geflüchteter verfasst und anschließend übersetzt wurden.

Werden die Briefe für öffentliche Kampagnen genutzt, kann dies öffentliches Bewusstsein für die Bedürfnisse der Geflüchteten, insbesondere von Frauen, schaffen, im Hinblick auf Fluchtursachen und Lebensumstände sensibilisieren und somit zu Empathie und Entstigmatisierung Geflüchteter beitragen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Erwartungshaltung seitens der beteiligten Geflüchteten im Hinblick auf positive Wirkungen der Kampagne nicht zu hoch ansetzt.

Ein zentraler Erfolgsfaktor der Methode ist die partizipative Einbindung aller Beteiligten und vor allem die Entwicklung adäquater Ausdrucksformen für die von Gewalt oder Benachteiligung betroffenen Männer und Frauen. Die systematische Aufarbeitung von erfolgreichen Erfahrungen der Prävention, die nachgeahmt und dem eigenen Kontext angepasst werden müssen, stellt einen weiteren Erfolgsfaktor dar.

Die Methode erscheint auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichem Ressourcenaufwand replizierbar. So könnte man sich eine Umsetzung im Umfeld einer Schule, in einem Stadtteil oder einer Gemeinde, aber auch als größer angelegte Kampagne regionalen Ausmaßes vorstellen, die von Massenmedien flankiert wird. In jedem Fall erscheint auch hier die Einbindung von Trainern und Moderatoren von großer Bedeutung, die in psychosozialer Beratung und Kampagnenkommunikation erfahren sind.

Über die Erfahrungen der GIZ mit der Methode „Briefe von Frauen“ kann man sich auf folgenden Seiten informieren:

<https://www.giz.de/en/downloads/giz-2013-en-carta-demujeres.pdf> (in Englisch, generell zu den Erfahrungen in Ecuador, Peru und Bolivien)

<http://cartasdemujeres.blogspot.de/> (in Spanisch, spezifisch zur Erfahrung in Quito, Ecuador)

Kontakt: Annekathrin Linck (Komponentenleiterin im GIZ-Programm FOSIT in Guatemala)

annekathrin.linck@giz.de



Partizipative Verbesserung der Lebensbedingungen Geflüchteter

In Unterkünften für Asylsuchende kommt es nicht selten zu Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern, die vereinzelt gewalttätige und destruktive Züge annehmen. Dies ist einerseits auf die belastende Lebenssituation der Bewohner, die extreme Enge und die Unzufriedenheit mit der Wohnsituation, die Perspektivlosigkeit und unfreiwillige Beschäftigungslosigkeit zurückzuführen. Nicht zuletzt spielen aber auch fehlende Kommunikationsmechanismen und Vorurteile eine Rolle, die einen Austausch, gemeinsame positive Erfahrungen sowie friedliche Konfliktbearbeitung erschweren.

Es bestehen wenige Möglichkeiten, die Wohnsituation gemeinsam und selbstbestimmt zu verbessern. Vor diesem Hintergrund werden die Mitbewohner häufig als Belastung und Störfaktor, und nicht als mögliche Quelle für Unterstützung und positive Entwicklungen im unmittelbaren Lebensumfeld wahrgenommen.

Beispiel: Wenn Eigeninitiative und Austausch fehlen

In einer Unterkunft für Asylsuchende gibt es mehrere musikbegeisterte Bewohner, die keine Instrumente und keinen Proberaum haben. Das örtliche Jugendzentrum hat einen Proberaum und Instrumente, aber weder kennen die Musiker das Zentrum, noch wissen die Zentrumsmitarbeiter von den Musikern. In der Unterkunft selbst gibt es mehrere in Frage kommende Räume, aber die Musiker können sich nicht vorstellen, dass man ihnen die Nutzung überlässt, oder von woher sie Unterstützung bekommen können. So zerschlägt sich die Idee, und Lethargie unter ihnen breitet sich aus.

Interviewte Betreuer in einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Deutschland berichten von Provokationen und Beleidigungen zwischen Geflüchteten. Dies verstärkte häufig das Gefühl, als minderwertig betrachtet zu werden, vor allem bei Mädchen und Menschen mit dunklerer Hautfarbe. Alle Befragten führen aus, dass Betreuern und dem Verwaltungspersonal in Unterkünften nicht selten Kompetenzen im Umgang mit den Bewohnern fehlen. Als Beispiel wird genannt, dass Normen, die für die meisten Geflüchteten neu und schwer nachvollziehbar sind, oft sehr rigide gehandhabt werden. Veränderungen in der Unterkunft werden häufig als „vollendete Tatsachen“ erlebt, die Bewohner in die Planung von Maßnahmen zu wenig einbezogen. Teilweise scheint ein paternalistisches Rollenverständnis von Unterkunftsbetreuern der Selbständigkeit der Geflüchteten im Wege zu stehen.

Instrumente für eine partizipative und interaktive Planungskultur, wie sie in Zusammenarbeit mit GIZ-Vorhaben erprobt wurden, bieten Ansatzpunkte, die Lebensverhältnisse in Unterkünften für Asylsuchende zu verbessern, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Erweiterung der Kompetenzen für eine ausgewogene Gestaltung von Austausch- und Planungsprozessen, in die sich alle Beteiligte einbezogen fühlen.

Dies wird im Folgenden anhand eines Projektbeispiels aus Jordanien, Libanon und Palästina erläutert. Die hier vorgestellte Methode partizipativer Pläne zur Verbesserung der Camps (Camp Improvement Plans – CIP) wurde von der UNRWA¹ entwickelt und gemeinsam mit der GIZ weiterentwickelt. Sie zielt auf ein Empowerment der Camp-Gemeinschaften ab: diese sollen befähigt werden, aktiv ihre direkten Lebensverhältnisse im Camp und der Umgebung des Camps zu verbessern.

Partizipation ist direkt verbunden mit dem Begriff „empowerment“:

Empowerment bedeutet, benachteiligte Gruppen darin zu unterstützen, ihre eigenen Stärken und Möglichkeiten zu aktivieren, um Probleme, Krisen und Belastungssituationen aus eigener Kraft und selbstbestimmt zu lösen.

¹ United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees - Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. www.unrwa.org

Darstellung der Methode, ihrer Ziele und Wirkungen

Einführung

Im Rahmen eines GIZ-Vorhabens in Jordanien, Libanon und Palästina werden palästinensische Flüchtlinge und ihre Organisationen (Gemeindeinitiativen, Camp-Komitees, Flüchtlingsdachverbände) auf lokaler Ebene dazu befähigt, Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern partizipativ zu entwickeln und umzusetzen. Hierbei werden die Bedarfe von Frauen und Jugendlichen besonders berücksichtigt und ihre soziale Teilhabe unmittelbar gefördert, indem Selbsthilfeinitiativen unterstützt werden. Die darauf abgestimmten Maßnahmen zum Kapazitätenaufbau beinhalten beispielsweise Trainings im Bereich partizipative Planung, Projektmanagement, Konfliktbearbeitung und Kommunikation. Damit wird sichergestellt, dass alle Beteiligten konstruktiv und adäquat ihre Bedarfe formulieren, vertreten und verwirklichen können.

In diesem Zusammenhang wird die Implementation der partizipativen Pläne zur Verbesserung der Camps (CIPs) unterstützt, die einige Camps mit der Unterstützung der UNRWA bereits entwickelt haben.

Außerdem werden die Bewohner hierdurch in die Lage versetzt, das soziale Miteinander konstruktiv und friedlich zu gestalten. Vorurteile werden abgebaut, Dialog, Begegnung und Zusammenhalt gestärkt.

Zugleich verbessert das GIZ-Programm auf nationaler und regionaler Ebene den Austausch zwischen den Flüchtlingskomitees und relevanten Institutionen und versucht, deren institutionelles Gewicht in Entscheidungsprozessen zu stärken.

Hintergrund: Palästinensische Flüchtlingscamps in Jordanien

Die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge ist eines der zentralen und noch nicht gelösten Kernthemen des arabisch-israelischen Konflikts. Viele Vertriebene haben in den palästinensischen Gebieten, Jordanien, Syrien und Libanon Zuflucht gesucht. Aktuell sind mehr als fünf Millionen bei UNRWA registriert. Die Resolution 194 der Vereinten Nationen von 1948 formuliert das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge. Von diesen lebt ca. ein Drittel in insgesamt 58 von UN-RWA betreuten Flüchtlingslagern. Das Lebensumfeld der Flüchtlinge ist im Vergleich zu ihren Nachbarn durch größere Armut, schlechtere Infrastruktur, höhere Arbeitslosigkeit, geringere soziale Teilhabe und Mitsprache sowie ein höheres Maß an Gewalt gekennzeichnet. Die soziale Kohäsion innerhalb der Flüchtlingslager ist gering und durch politische und soziale Fragmentierung geprägt. Die Organisationsstrukturen auf lokaler Ebene sind kraftlos und nicht repräsentativ, so dass die Belange der Flüchtlinge nicht ausreichend vertreten werden können. Unklare Verantwortlichkeiten und ineffiziente Strukturen führen zu Spannungen und Konflikten zwischen den Organisationen und in den Flüchtlingslagern. Die Flüchtlinge und die sie vertretenden Organisationen können vor diesem Hintergrund kaum an der Verbesserung ihrer Situation mitwirken.

Das GIZ-Programm „Stärkung der sozialen Teilhabe von palästinensischen Flüchtlingen“ (FASPAR) setzt hier an und zielt darauf ab, die soziale Teilhabe der Flüchtlinge und ihrer (Vertretungs-)Organisationen an relevanten Prozessen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu verbessern.

Das Programm ist hauptsächlich in den palästinensischen Gebieten und in Jordanien tätig, um den Partner UNRWA zu unterstützen. In drei Handlungsfeldern wird die soziale Teilhabe der Flüchtlinge unterstützt:

- innerhalb der Flüchtlingslager und der Flüchtlingsgemeinschaft,
- zwischen Flüchtlingen und den Aufnahmegesellschaften sowie
- bei relevanten Dialog- und Vermittlungsprozessen auf nationaler und regionaler Ebene.



Verschiedene Generationen arbeiten gemeinsam an einer Dachbegrünung

Vorgehensweise

Aktivitäten zur Verbesserung der Camps erfordern eine ganzheitliche Perspektive, die soziale, ökonomische und Umweltbedingungen einbezieht. Die aktive Beteiligung der Flüchtlingsgemeinden im gesamten Prozess stellt sicher, dass die Interventionen den Bedarfen der Gemeinden entsprechen und die Bewohner sich mit dem Prozess und seinen Ergebnissen identifizieren. Demzufolge muss jedes Camp und jede Unterkunft als individueller Fall verstanden werden, damit angemessene und maßgeschneiderte Lösungen für spezifische Herausforderungen und Bedarfe entwickeln zu können.

Der Prozess der Verbesserungsplanung besteht aus mehreren Schritten:

1. Initialkontakt und **Bildung einer Arbeitsgruppe**, die den weiteren Prozess koordiniert.
2. **Integrierte Bedarfsanalyse**: Jeder CIP-Prozess beginnt mit einer partizipativen Bedürfniseinschätzung, inklusive Untersuchungen und Expertengutachten, sowie Fokusgruppen und Workshops mit unterschiedlichen sozialen Gruppen.
3. **Erstellung einer ganzheitlichen Prioritätenliste**: Eine von unterschiedlichen sozialen Gruppen erstellte Liste priorisierter Bedürfnisse und Bedarfe erlaubt den Gemeindemitgliedern, unabhängig voneinander ihre Bedürfnisse und Wünsche für das Camp zu artikulieren und zu priorisieren.
4. **Mittelfristige strategische Planung**: Auf der Grundlage der Bedarfsanalyse und Expertenanalysen entwickelt die jeweilige Gemeinschaft die Pläne zur Verbesserung des Camps. Dies vollzieht sich in themenspezifischen Planungsworkshops, in denen lokal angemessene Verbesserungsmaßnahmen identifiziert werden. In der Regel beinhalten die Pläne sowohl infrastrukturelle Maßnahmen als auch soziale Interventionen.
5. **Aktionsplanung**: Basierend auf den allgemeinen strategischen Zielen werden Aktionspläne erstellt. Darin werden mehrere miteinander verknüpfte und komplementär wirkende Projekte über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren entworfen, inklusive Verantwortlichkeiten sowie den erforderlichen Ressourcen und Kosten.

6. **Implementierung:** Die Maßnahmen des Aktionsplans werden koordiniert umgesetzt in einer Partnerschaft zwischen Flüchtlingen und weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Schlüsselakteuren. Die Mitwirkung bei der Umsetzung kann dabei unterschiedliche Formen annehmen, von Beratungen und Konsultationen über aktive Teilbeiträge bis hin zu reiner Selbsthilfe.

7. **Sicherung der Nachhaltigkeit:** Die Verbesserungsprojekte sind nur dann effektiv und nachhaltig, wenn die Flüchtlinge sie sich aneignen, sie intensiv begleitet und sie dauerhaft aufrechterhalten. Deshalb sind partizipative Monitoring- und Evaluierungsmaßnahmen wichtig, um die Lernerfahrungen in die Gesamtentwicklung des Camps einzuspeisen. Außerdem wird eine Struktur zum Management der Verbesserungsprozesse etabliert.

Grafik: Kreislauf der Planung und Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Camps



Für alle Schritte dieses Kreislaufs ist die Etablierung von partizipativen Entscheidungsmechanismen und -methoden notwendig. Trainings und Schulungen spielen beim Aufbau entsprechender individueller und organisatorischer Kapazitäten eine wichtige Rolle, z.B. zu folgenden Themen: Selbsthilfe, Gruppenorganisation, Management von Projektkreisläufen, Budgetverwaltung, private und öffentliche Vertragsangelegenheiten, etc.

Von besonderer Bedeutung für den partizipativen Prozess ist die angemessene Repräsentation aller sozialen Gruppen im Camp, mit speziellem Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit, Jugendbeteiligung und die Einbeziehung vulnerabler Gruppen.

Die Verbesserungspläne gehen nicht nur auf infrastrukturelle Bedarfe ein, sondern beinhalten soziale Aspekte, die die Gemeinde als prioritär erachtet, z.B. die Betreuung sowie Unterstützung älterer Menschen.

Erzielte Wirkungen – Was wurde bisher erreicht?

- Die durch das Vorhaben unterstützten Prozesse der Selbsthilfe und Selbstorganisation führen zu einer Verbesserung der objektiven Lebensumstände in den Camps.
- Die Flüchtlinge verfügen über eine verbesserte Versorgung mit Basisdienstleistungen.

Familien arbeiten an einem Garten auf einem Hausdach eines Camps



- Konflikte werden zunehmend konstruktiv bearbeitet, wodurch sich zum einen der Zusammenhalt untereinander erhöht hat, und sich zum anderen das Verhältnis zu den Anwohnern der aufnehmenden Gesellschaft spürbar verbessert hat.
- Die effektivere Konfliktrtransformation sowie ein gesteigertes Selbstwertgefühl der Flüchtlinge führen zur Reduktion von Frustration und Gewalt in den Lagern.
- Neben konventionellen Maßnahmen wie Schulbau oder Kliniken wurden auch innovative Projekte verwirklicht, z.B. Campbegrünung, Aufbau von Jugend- oder Seniorenzentren, etc.
- Frauen und Jugendliche fühlen sich selbstbewusster und motivierter für die eigene Mitwirkung im Camp:

„Ich bin nicht die gleiche Person wie vor drei oder vier Jahren. Ich war schüchtern und nervös, wenn ich mit Jungen sprechen oder gar arbeiten musste. Seitdem bin ich viel selbstbewusster geworden.“

Hala, Talbieh Camp, Jordanien

Wie könnte man die Methode für die Integration Geflüchteter verwenden?

Ein ähnliches Vorgehen wäre im Hinblick auf Flüchtlingsunterkünfte in anderen Kontexten vorstellbar, um schwierige Wohnverhältnisse zu verbessern und Konflikte zwischen Bewohnern vorzubeugen. Methoden der gemeinsamen Situationsanalyse und Maßnahmenplanung wie in den Flüchtlingscamps in Jordanien, Libanon und Palästina würden zu mehr Zusammenhalt beitragen. Zu Bedenken ist allerdings, dass einige der palästinensischen Flüchtlingslager eher mit Stadtvierteln zu vergleichen sind und die Menschen darin seit Jahrzehnten wohnen. Der Kontext ist folglich sehr spezifisch.

Zu Bedenken ist allerdings, dass einige der palästinensischen Flüchtlingslager eher mit Stadtvierteln zu vergleichen sind und die Menschen darin seit Jahrzehnten wohnen.

Durch die Methode würden die Bewohner der Unterkünfte jedenfalls befähigt, ihre Bedürfnisse auf friedliche und konstruktive Weise darzustellen, Herausforderungen und unterschiedliche Perspektiven zu verstehen und zu akzeptieren, sowie Kompromisse für Veränderungen auszuhandeln. Sie hätten die Möglichkeit, die Unterkünfte nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten und möglicherweise unkonventionelle, aber passende Lösungen für Probleme zu entwickeln.

Bei Anwendung der Methode bestünde ein wichtiger Mehrwert in der Optimierung des Vertrauensverhältnisses und der Zusammenarbeit zwischen Bewohnern und anderen Akteuren, die mit der jeweiligen Unterkunft zu tun haben, z.B. Verwaltung der Unterkunft, Betreuer oder Gemeindeverwaltung.

Die Erfolgsfaktoren der partizipativen Verbesserung der Camps bestehen in:

- der Entwicklung eines detaillierten und umfassenden Verständnisses der jeweiligen Herausforderungen und Bedarfe in unterschiedlichen Camps;
- einem breit angelegten Beteiligungsprozess, in dem die Campgemeinden Verbesserungsmaßnahmen priorisieren und den Umsetzungsprozess gemeinsam mit Schlüsselakteuren selbst organisieren.

Insgesamt erscheint die Methode gut auf andere Kontexte übertragbar, vor allem wenn es sich um Unterkünfte handelt, in denen die Bewohner längerfristig untergebracht sind. Für die Replizierbarkeit stellt jedoch die Verfügbarkeit von Ressourcen zur Umsetzung der Verbesserungspläne eine große Herausforderung dar. Es sollte vermieden werden, über die partizipative Planung zu hohe Erwartungen unter den Geflüchteten zu wecken, die in der nachfolgenden Umsetzung nicht eingelöst werden können. Insofern ist die Realisierbarkeit der Pläne ein zentrales Kriterium.

Über die Erfahrungen der GIZ mit der Methode „Briefe Über die Erfahrungen der GIZ mit der Methode „Partizipative Verbesserung von Flüchtlingscamps“ kann man sich auf folgenden Seiten informieren:

<https://www.giz.de/de/weltweit/32628.html>

Kontakt: Kristina Beck, Beraterin im GIZ-Programm FASPAR in Jordanien.

kristina.beck@giz.de

Ein englischsprachiges Toolkit zu den CIP ist über folgenden Kontakt verfügbar:

Vijay Neekhara, Department of Infrastructure and Camp Improvement, UNRWA Jordanien

v.neekhara@unrwa.org

Konzepte zur Kontextsensitivität und Einschätzung von Konfliktlagen

Die Nichtbeachtung von Konflikten und Risiken kann dazu führen, dass mit viel Expertise geplante Maßnahmen für die Integration von Geflüchteten ungewollt negative Auswirkungen haben. Dies gilt auch und gerade im Kontext von im Umgang mit Geflüchteten polarisierten Gesellschaften. Unter Umständen bewahrheitet sich dann der Ausspruch: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“. Im Folgenden werden einige Beispiele für nicht beabsichtigte Auswirkungen aufgezeigt.



Beispiele:

Auf der Mikroebene: Wenn der Kontext nicht analysiert wird

Ein Mitarbeiter einer Organisation, die Geflüchtete unterstützt, bringt vier junge Geflüchtete in den Fußballverein eines Dorfs, ohne sich zuvor mit dem Trainer und der Mannschaft abzusprechen. Beim nächsten Training kommt der Großteil der bisherigen Mannschaft nicht, mit der Nachricht, dass sie erst dann wieder mitspielen, wenn die „Schwarzen weg“ sind.

Auf der Gemeindeebene: Wenn trennende Faktoren nicht ausreichend mitbedacht werden

Um ethnischen Spannungen entgegenzuwirken und Geflüchteten entgegenzukommen, bringt eine Gemeinde sie in ethnisch homogenen Gruppen unter. Die Unterkünfte konzentrieren sich zudem in einem Viertel der Gemeinde. In der Folge zeigt sich bei bestimmten Gruppen wenig Bereitschaft, die Sprache zu lernen. Es besteht die Gefahr der Entwicklung monoethnischer Subkulturen.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene: Wenn Prävention stigmatisiert

Ein weiteres Beispiel für nicht intendierte negative Wirkungen wäre, wenn Maßnahmen sekundärer oder tertiärer Prävention sich pauschal und verallgemeinernd auf Geflüchtete, insbesondere auf geflüchtete Jugendliche ausrichten. In diesem Fall werden sie als „gefährdet“ oder kriminalitätsaffin stigmatisiert, was Vorurteile von Fremdenfeinden und Asylgegnern implizit bestätigen würde.

Kurzdarstellung der Methode

Einschätzung von Konfliktlagen: Peace and Conflict Assessment (PCA)

Die deutsche EZ hat es sich zum Ziel gesetzt, Fluchtursachen zu bekämpfen sowie Flüchtlinge und Aufnahmegemeinden zu unterstützen. Um diesen Ansprüchen zu genügen und Maßnahmen gezielt und effektiv umsetzen zu können, ist es notwendig, das Phänomen Flucht im entsprechenden Kontext und im Detail zu verstehen. Das BMZ verfügt mit dem PCA über ein allgemeines Instrument, das die Handlungsfähigkeit in von Konflikt, Fragilität und Gewalt geprägten Kontexten verbessern kann und die Zielerreichung und Wirksamkeit von Entwicklungsprojekten dadurch erhöht. Im Fluchtkontext kann ein PCA aus folgenden Analyseelementen bestehen: Hauptfaktoren für Konflikt, Kriege, Flucht und Vertreibung sowie Bedarfe für Frieden und Sicherheit; Bewertung der Relevanz der Entwicklungsmaßnahme für Frieden und Sicherheit; Umgang mit Risiken im Kontext von Krieg, Konflikt, Flucht und Vertreibung; kontextsensible Wirkungsbeobachtung. In nächsten Abschnitt wird auf das letztere Element näher eingegangen.

In der EZ ist im Kontext von Krisen und Konflikten neben der systematischen Analyse von Konflikten der von Mary B. Anderson entwickelte „Do No Harm“-Ansatz eine zentrale Handlungsorientierung. Dabei sollen nicht-intendierte negative und konfliktverschärfende Wirkungen vermieden oder abgeschwächt werden. Um nicht Gefahr zu laufen, ungewollt zur Verschlechterung der Situation beteiligter Bevölkerungsgruppen beizutragen, deren Lebensverhältnisse eigentlich verbessert werden sollen, wird besonders viel Wert auf eine systematisch kontextsensible Vorgehensweise gelegt. Friedensfördernde und die Gegensätze zwischen den Konfliktparteien überbrückende Wirkungen sollen gefördert werden.



“Do No Harm”-Workshop in Honduras

Kontextsensibilität bedeutet die Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen relevanten gesellschaftlichen Konflikten und den eigenen Maßnahmen, mit dem Ziel, konfliktverstärkende Wirkungen zu verhindern und stattdessen Faktoren zu stärken, die deeskalieren und den Zusammenhalt stärken.

Um abzuwägen und zu verstehen, welche positiven und negativen Wirkungen auf Zielgruppen, z.B. Geflüchtete, durch Maßnahmen entstehen können, analysieren Entwicklungsvorhaben, die in einem Konfliktkontext arbeiten, systematisch „Dividers“ (Konfliktpotenziale) und „Connectors“ (Friedenspotenziale), die mit den Aktivitäten in Zusammenhang stehen.

Als methodischer Ansatz umfasst „Do No Harm“ sieben Schritte, die Entwicklungsorganisationen in Konflikt-, Gewalt- und Fragilitätskontexten eine Hilfestellung sein sollen, um sensibles Vorgehen zu stärken:

1. Den Konfliktkontext genau verstehen
2. Analyse von „Dividers“ und Spannungen
3. Analyse von „Connectors“ und lokalen Kapazitäten, die zu Frieden beitragen
4. Analyse des Programms oder Projektes im Detail (Wer, was, wann, wo, wie?)
5. Analyse der positiven und negativen Wirkung des Programms oder Projektes durch Maßnahmen, Ressourcenzuwendungen und sogenannte „implizite ethische Botschaften“
6. Identifizierung neuer Optionen: Verstärkung von „Connectors“, Schwächung von „Dividers“
7. Beste Optionen auswählen und konzeptionelle Anpassung des Programms

Um Kontextsensibilität sicherzustellen, helfen u.a. die folgenden Fragen weiter:

- Welche Personengruppen und Akteure sind an unseren Maßnahmen beteiligt? Wer sind Gewinner, wer sind mögliche Verlierer? (z.B. Geflüchtete versus sozial schwache Gruppen in den Aufnahmegemeinden)
- Gibt es implizite ethische Botschaften, die wir durch unsere Intervention oder durch die Auswahl bestimmter Projektpartner, Zielgruppen, Regionen oder Methoden ungewollt vermitteln? (Beispiel: „Geflüchtete sind prioritäres Objekt der Hilfe.“)
- Welche aktuellen lokalen Dynamiken oder auch vorangegangene Ereignisse und Erfahrungen müssen wir auf dem Schirm haben und/oder strategisch mit einbeziehen? (z.B. hohe Arbeitslosenzahlen in einer Gemeinde/Stadt, in der Flüchtlinge untergebracht werden sollen)
- Vertiefen wir die Gräben und die Polarisierung zwischen konfligierenden Gruppen?
- Können unsere Maßnahmen die Sicherheitssituation oder auch -wahrnehmung negativ beeinflussen? (Welche Rolle spielen hierbei Nachbarn einer Unterkunft, oder die Polizei?)
- Welche Gruppen könnten sich durch unsere Maßnahmen beeinträchtigt, bedroht oder in die Ecke gedrängt fühlen und dann zu gewaltsamen Aktionen neigen? (Welche Rolle spielen z.B. ausländerfeindliche Gruppen in der Gemeinde/Stadt?)
- Erzeugen wir eine Erwartungshaltung bei Akteuren, die wir eventuell nicht erfüllen können? (beispielsweise hinsichtlich einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt)

Dabei können Ergebnisse aus zuvor durchgeführten partizipativen Kontextanalysen einfließen, um zu überprüfen, welche Berührungspunkte die Maßnahmen mit Konfliktdynamiken oder -akteuren haben.

Eine regelmäßige Reflexion zu potenziellen negativen nicht-intendierten Wirkungen sollte auch im Rahmen des Monitoringsystems von Integrationsprojekten berücksichtigt werden.

Hintergrund: „Do No Harm“-Analyse

Auf der Grundlage einer „Do No Harm“-Analyse richtet sich beispielsweise das GIZ-Programm „Neue Perspektiven durch akademische Aus- und Weiterbildung für junge Syrer/innen und Jordanier/innen“ in Jordanien explizit nicht nur an junge Geflüchtete aus Syrien, sondern bezieht auch marginalisierte Jugendliche aus Jordanien ein. Hierdurch werden Stigmatisierung und Konfliktpotential reduziert.

Wie könnte man die Methode für die Integration Geflüchteter verwenden?

Die Methode kann über Workshops z.B. mit Flüchtlingskomitees oder -räten, mit der Stadtverwaltung sowie mit anderen Akteuren angewandt werden, die Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge planen und umsetzen. Mögliche ungewollte negative Wirkungen oder die Zunahme von Konflikten im Programmkontext können dadurch erkannt und vermieden werden. Ebenso können positive Entwicklungen zur Förderung eines friedlichen Miteinanders begünstigt werden.

Erfolgsfaktoren: Notwendigkeit der partizipativen Analyse mit diversen Akteursgruppen; regelmäßige Reflexion der im Kontext als sensibel identifizierten Aspekte und Faktoren, ebenso wie der Auswirkung und Reichweite eigener Maßnahmen.

Kontextsensibles Arbeiten sollte eine Grundvoraussetzung für jede Entwicklungsmaßnahme darstellen – sei es im internationalen Zusammenhang der Entwicklungszusammenarbeit oder auch im Kontext der Integration Geflüchteter. Dabei ist es hilfreich, auf Berater oder Moderatoren zurückzugreifen, die mit Konzepten, Methoden und der Praxis von kontextsensiblen Arbeiten vertraut sind.

Detailliertere Informationen über die Erfahrungen der EZ mit Kontextsensitivität, PCA und der Analyse von Konfliktkontexten sind über das Kompetenzzentrum Frieden und Nothilfe des Fach- und Methodenbereichs und das Sektorprogramm „Frieden und Sicherheit, Katastrophenrisikomanagement“ der Abteilung „Governance, Krisenmanagement, Bauen“ erhältlich.

Kontakt: Dr. Linda Helfrich und Christian Müller
linda.helfrich@giz.de; christian.mueller@giz.de

GIZ, Gewaltprävention und die Integration Geflüchteter – was lässt sich schlussfolgern?

Wie dargestellt, können Erfahrungen der GIZ-Programme, die auf soziale Kohäsion und konstruktive Konfliktbearbeitung abzielen, für die erfolgreiche Integration von Geflüchteten relevant und nützlich sein.

In vielen Gemeinden werden die im Folgenden erläuterten Aspekte sicher auf die eine oder andere Weise bereits in das Handeln für die Integration von Geflüchteten einbezogen. Zu empfehlen wäre eine systematische Vorgehensweise, die die Konzepte miteinander verbindet und so zu optimalen Erfolgsbedingungen beiträgt.

Inhaltliche Relevanz der Methoden

Die Ursachen für fehlenden sozialen Zusammenhalt sind vielschichtig und komplex. Aus diesem Grund ist ein systemischer, integrierter Ansatz notwendig, der die aktive Kooperation unterschiedlicher Akteure unterstützt. Verschiedene Sektoren sollten für die Integration Geflüchteter synergetisch zusammenarbeiten. Deshalb müssen Bereiche wie Sport, Kultur, Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Justiz, etc. in Maßnahmen strategisch einbezogen werden.

Der Dialog unterschiedlichster Akteure, z.B. auch Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Staat und Nichtregierungsorganisationen, spielt eine hervorgehobene Rolle für den Wandel hin zu mehr sozialem Miteinander, auch im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten. Auf lokaler Ebene sind Netzwerke staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure ein wichtiger Erfolgsfaktor. Ein moderierter Austausch und die Gestaltung von sozial heterogenen Komitees oder runden Tischen tragen dazu bei, dass konstruktive und nachhaltige Lösungen für soziale Problemlagen und Konflikte gefunden werden.

Die Kombination zwischen Moderations-, Vermittlungs- und Kommunikationskompetenzen mit der Vorbereitung, Planung, Umsetzung und dem Monitoring von Maßnahmen ist vor allem für die partizipative Einbindung relevanter sozialer Gruppen, gerade auch marginalisierter Gruppierungen, von höchster Relevanz.

Relevante Kernkompetenzen der GIZ

Wie dargestellt, verfügen die GIZ-Präventionsprogramme über hilfreiche Erfahrungen in der Vermittlung von Ansätzen für Qualitätsmanagement von komplexen Prozessen, an denen viele unterschiedliche Akteure und Systemebenen beteiligt sind, sowie über innovative Methoden für partizipative und koordinierte Planung und Umsetzung von Maßnahmen sozialer Integration.

Gleichzeitig zielt die GIZ hauptsächlich auf Capacity Development ab. Darunter wird der Ausbau der Fähigkeiten von Menschen, Organisationen und Systemen verstanden, damit diese eigene Ziele nachhaltig verwirklichen können. Vor diesem Hintergrund entwickelte Beratungs- und Förderungskompetenzen könnten für die Stärkung der Systeme von Akteuren, die an der Integration Geflüchteter beteiligt sind, von großem Nutzen sein.

Folglich besteht ein großes Potential für die Beratung von Partnern, z.B. Schulen, Gemeindeverwaltungen, Integrationsbeauftragten oder auch Gremien und Plattformen wie kommunale Asylarbeitskreise zu präventions- und integrationsrelevanten Themen wie partizipativer Planung, Konsultations- und Koordinationsmechanismen, Dialogprozessen, Kompetenzentwicklung in psychosozialer Beratung sowie Konfliktbearbeitung.

Was lässt sich für die Nutzung der praktischen Erfahrungen aus Vorhaben der Gewaltprävention empfehlen?

Akteure, die an der Integration von Geflüchteten beteiligt sind und sich vom Austausch mit den genannten Präventionsprogrammen und Beratern der GIZ einen Mehrwert erhoffen, könnten z.B. folgende Maßnahmen ergreifen:

- Herstellen des direkten Kontakts mit den Programmen. Diese können dann an weitere Berater und relevante Projekte an der Schnittstelle zwischen Integration von Geflüchteten und Gewaltprävention verweisen.

- Einladen von Experten und Beratern der entsprechenden GIZ-Programme auf Foren, Fortbildungen und anderen Events, in denen diskutiert wird, was funktionieren könnte für die Integration von Geflüchteten.
- Ausprobieren einer oder mehrerer der in der Broschüre vorgestellten Ansätze und Methoden, und Adaptieren im eigenen Kontext.
- Konsultieren weiterführender Websites wie beispielsweise www.pufii.de (Plattform für präventive Unterstützung von Präventionsinitiativen), oder www.epo.de (Website zu Entwicklungspolitik, auf der auch auf die Unterstützung der Integration von Geflüchteten eingegangen wird).

Ergänzender Kurzüberblick: Beispiele für weitere relevante GIZ-Maßnahmen zur Unterstützung der Integration von Geflüchteten

Wie eingangs erwähnt, fokussiert die vorliegende Broschüre auf GIZ-Erfahrungen im Hinblick auf Prävention und das soziale Miteinander. GIZ-Methoden, die für die wirtschaftliche und politisch-legale Integration von Geflüchteten relevant sein könnten, wurden nicht vorgestellt. An dieser Stelle sollen einige Beispiele zumindest kurz angesprochen werden.

Mehr Informationen unter https://www.giz.de/de/mit_der_giz_arbeiten/36527.html.

Legal-politische Ebene der Integration

Die GIZ unterstützt hierzu beispielsweise einen Erfahrungsaustausch von Gemeindeverwaltungen aus Marokko, Türkei und Deutschland. Dabei geht es unter anderem um ideale Abläufe zu staatsbürgerschaftlichen Fragen, zum Erlangen der Arbeitserlaubnis, und um den Aufbau von Asylsystemen, um legalpolitische Beratung, Information und Orientierung (z.B. Arbeitsvermittlung und Anerkennung von Qualifikationen) sowie um die politische Einbindung von Geflüchteten, etwa im Zusammenhang mit Gemeindebeiräten.

Ökonomische Ebene der Integration

Einige GIZ-Vorhaben unterstützen die Reintegration von Geflüchteten, indem diese bei im Heimatland angesiedelten Geschäftsideen beraten und unterstützt werden. Ein weiteres Beispiel wäre Make it in Hamburg! als gemeinsames Projekt der GIZ, der Stadt Hamburg und des Vereins "Arbeit und Leben". Make it in Hamburg! bietet für Migranten und ihre Lebenspartner beschäftigungsfördernde Trainings, Informationen und Beratung und wendet sich zugleich an Unternehmen. Ziel ist, diese Unternehmen mit qualifizierten Arbeitnehmern aus dem Ausland zusammen zu bringen und eine umfassende Willkommenskultur zu fördern. <http://hamburg.arbeitundleben.de/make-it-in-hamburg>.

Soziale Integration

Wie kann man etwa Migranten und ihre Organisationen in Integrationsbemühungen einbeziehen? Interessant und innovativ sind Schulungen als peer-to-peer-Berater. Man kann Geflüchtete, die schon länger in ihrer aufnehmenden Gemeinde sind, dazu ausbilden, Neuankömmlinge zu beraten. Denn zwar haben die beratenden Migranten Erfahrungen mit dem Leben in dem neuen Land, aber häufig fehlen ihnen Beratungskompetenzen. Programme zur Ausbildung von Mentoren werden von der GIZ beraten. Positive Erfahrungen wurden diesbezüglich gemacht.

Selbstbestimmtes Leben

Wissenstransfer Risikofaktoren reduzieren

Lebensunterhalt

Psychosoziale Unterstützung

Beschäftigungsfähigkeit Empowerment

Zugehörigkeit

Dialog und Austausch

Verbesserte Wohnverhältnisse **Integration & Soziale Kohäsion** Bildungserfolge

Multiplikatoren/Change Agents

Partizipation

Psychologische Betreuung **Selbsthilfekapazität**

Schutzfaktoren ausbauen **Life Skills** Erfahrungslernen

Perspektive

Konflikte bearbeiten

Die Generation nicht verlieren Nachhaltigkeit

Zusammenhalt

Quellen

Institut für Demoskopie Allensbach (2016): Situation und Strategien in den Kommunen. Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden

IASC (2007): IASC Guidelines on Mental Health and Psychosocial Support in Emergency Settings

Jutta Aumüller, Priska Daphi, Celine Biesenkamp (2015): Die Aufnahme von Geflüchteten in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement

GIZ (2010): Systemische Jugendgewaltprävention. Ein Leitfaden zur Planung und Umsetzung von maßgeschneiderten Maßnahmen der Jugendgewaltprävention

Mary B. Anderson (1999): Do No Harm: How Aid Can Support Peace - or War

Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2016): Chancen erkennen – Perspektiven schaffen – Integration ermöglichen. Bericht der Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik

Stadt Hamburg (Hrsg.) (2013): Hamburger Integrationskonzept. Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt

Konsultierte Websites:

<http://arrivo-berlin.de> – Über die Berliner Initiative Arrivo, die Geflüchteten Praktika und Beschäftigung vermittelt.

https://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/deutsche_politik/index.html - Sonderinitiative des BMZ: „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“. Deutsches Engagement. Fluchtursachen bekämpfen – Aufnahmeregionen stabilisieren – Flüchtlinge unterstützen

<http://hamburg.arbeitundleben.de/make-it-in-hamburg> - Beschäftigungsförderung für Migranten in Hamburg.

[https://www.giz.de/fachexpertise/downloads/giz2015-en-report-diaspora-and-peace-role-of-development-cooperation\(2\).pdf](https://www.giz.de/fachexpertise/downloads/giz2015-en-report-diaspora-and-peace-role-of-development-cooperation(2).pdf) – Bericht darüber, wie die Diaspora von Migranten und ihre Organisationen eine konstruktive Rolle in den Herkunftsländern einnehmen können.

<http://www.donoharm.info/content/materials/documents.php> - Informationen und Dokumente zum Do No Harm-Ansatz

<https://www.giz.de/fachexpertise/html/4619.html> - Informationen zu „Capacity Works“, dem GIZ-Modell für das koordinierte Management komplexer Veränderungsprozesse.

https://www.giz.de/de/mit_der_giz_arbeiten/36527.html - Perspektiven für Flüchtlinge und Migranten in Zusammenhang mit der Arbeit der GIZ

<https://www.giz.de/de/weltweit/32628.html> - Informationen zum Programm FASPAR in Jordanien

<https://www.giz.de/de/weltweit/28443.html> - Informationen zum Programm FOSIT in Guatemala

<https://www.giz.de/de/weltweit/37174.html> - Informationen zum Vorhaben JOSY in Jordanien

<https://www.giz.de/de/weltweit/13494.html> - Informationen zum Programm PREVENIR in Zentralamerika

<https://www.giz.de/de/leistungen/254.html> - Informationen zur Abteilung „Governance und Konflikt“

www.gizprevenir.com – Website von PREVENIR auf Spanisch

https://www.giz.de/projektdaten/index.action?request_locale=de_DE#?region=3&countries=ZA – Informationen zum Programm VCP

<https://www.giz.de/de/weltweit/25942.html> - Zur Zusammenarbeit zwischen GIZ, der Stadt Hamburg und dem Europäischen Sozialfonds zur Beschäftigungsförderung von Migranten in Hamburg („Make it Hamburg“)

www.makingheimat.de – Zum Zusammenhang zwischen Städteplanung und Integration

<http://www.make-it-in-germany.com/> - Portal zur wirtschaftlichen Integration von Migranten („Make it in Germany“)

www.pufii.de – Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen

www.saferspaces.org.za – Englischsprachige Website im Zusammenhang mit dem Programm VCP

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft:

Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 36+40

53113 Bonn

T +49 228 44 60 - 0

F +49 228 44 60 - 1766

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5

65760 Eschborn

T +49 61 96 79 - 0

F +49 61 96 79 - 11 15

E info@giz.de

I www.giz.de

Verantwortlich/Beratung und Umsetzung:

Network International Cooperation in Conflicts and Disasters (NICD)

Colin Gleichmann (Sprecher)

Konzept und Realisierung:

Dr. Timo Weinacht, Christiane Erkens

In Kooperation mit:

Sektorprogramm Frieden und Sicherheit, Katastrophenmanagement

Regionalvorhaben für die Prävention von Jugendgewalt (PREVENIR) in Zentralamerika

Inklusive Gewaltprävention für sicheren öffentlichen Raum (VCP) in Südafrika

Programm zur Förderung der integralen Bürgersicherheit und Transformation sozialer Konflikte (FOSIT) in Guatemala

Neue Perspektiven durch akademische Aus- und Weiterbildung für junge Syrer/innen und Jordanier/innen (JOSY) in Jordanien

Programm zur Stärkung der sozialen Teilhabe von Palästinensischen Flüchtlingen (FASPAR) in Jordanien

Mit besonderem Dank an:

Anna Scherer, Annkathrin Link, Anne-Katrin Niemeier, Christian Müller, Christoph Wieboldt, Henrike Hilgenfeld, Kristina Beck,
Dr. Linda Helfrich, Nadine Biehler, Rubeena Esmail-Arndt

Hinweis:

In der gesamten Broschüre wird das generische Maskulinum verwendet, da dieses auch die weibliche Person einbezieht.

Design:

Nikolai Krasomil, design-werk.com

Bildnachweis:

Titel Bild oben: © GIZ/FASPAR Jordanien, Titel Bild links: © GIZ/VCP Südafrika, Titel Bild rechts: ©Timo Weinacht,

Seite 3: © UNRWA,

Seite 9, 11: © GIZ/VCP Südafrika,

Seite 13, 14: © GIZ/PREVENIR Zentralamerika,

Seite 23: © GIZ/FOSIT Guatemala,

Seite 29, 30: © GIZ/FASPAR Jordanien,

Seite 19, 26, 39: ©Timo Weinacht

Druckerei:

Druckriegel GmbH

Eschborn, 2016

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 36 + 40
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 4460-0
F +49 228 4460-1766

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 6196 79-0
F +49 6196 79-1115

E info@giz.de
I www.giz.de